



Für ein starkes Deutschland und Europa

Arbeitsbericht der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag 2012

Für ein starkes Deutschland und Europa

Arbeitsbericht der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag 2012

Inhalt

4	Vorwort Deutschland bleibt vorn	60	Gut zu wissen Zahlen und Fakten aus der Fraktionsbilanz
8	Weichen für eine europäische Stabilitätsunion sind gestellt	62	Weitere Informationen zu ausgewählten Politikfeldern
16	Lehren aus der Krise: Finanzmarktregulierung auf gutem Weg	63	Veranstaltungen
20	Ausgeglichener Bundeshaushalt schon in Reichweite	66	Fraktionsvorstand Geschäftsführender Vorstand Arbeitsgruppen Soziologische Gruppen und Beisitzer
24	Energiewende meistern – Umwelt schonen	70	Weitere Gremien Beauftragte des Vorsitzenden Landesgruppen Gremien des Bundestages
28	Gegen den Trend: Wirtschaft und Arbeitsmarkt florieren	73	237 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete
36	Wahlfreiheit für Eltern – soziale Sicherheit auch in der Zukunft	75	Kontakt
40	Den ländlichen Raum lebenswert halten	76	Impressum
48	Das Urheberrecht muss auch im digitalen Zeitalter gelten		
52	Freiheit und Sicherheit in einer vernetzten und globalisierten Welt		
56	Freiheit, Demokratie und Menschenrechte achten		

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Vorwort

Deutschland bleibt vorn

Wir können stolz auf unser Land und die Leistungen seiner Bürger sein. Trotz der Euro-Staats-schuldenkrise ist Deutschland stark geblieben. Die Menschen haben Arbeit. Der Staat und vor allem unsere sozialen Sicherungssysteme verfügen über ein stabiles finanzielles Fundament. Die deutsche Wirtschaft wächst stetig. Wo ist dies sonst noch in Europa so der Fall?

Diese Bilanz ist aber nur deshalb so positiv, weil der Euro stabilisiert werden konnte. Der Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Euro-Schuldenkrise war und ist richtig. Nur dank der Politik der christlich-liberalen Koalition sind die Belastungen für unser Land in einem vertretbaren Rahmen geblieben. Noch wichtiger ist, dass wir uns nun in Europa auf dem Weg der Gesundung befinden, so lang und steinig dieser auch sein mag.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat immer betont, dass Solidarität und Solidität in Europa zusammengehören. CDU und CSU sind sich

hier völlig einig. An dieser Stelle möchte ich meiner Ersten Stellvertreterin Gerda Hassel-feldt ausdrücklich für ihren Einsatz danken, die Fraktion gerade in diesen schwierigen Fragen immer wieder zusammenzuführen.

Wir helfen unseren europäischen Freunden, wenn sie in Not sind. Wir verteidigen unsere Währung, den Euro. Wir erwarten aber auch, dass sich unsere Partner gleichermaßen enga-gieren. Sie müssen sich anstrengen, selbst besser zu werden, ihre Haushalte zu sanieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Die ersten Erfolge sind zu verzeichnen: Irland und Portugal kommen voran. Griechenland allerdings wird ein Sonderproblem bleiben. Aber noch wichtiger ist, dass sich in Europa etwas Grundsätzliches verändert hat. Wir haben nun festgeschrieben, dass jedes Land eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einführen muss. Dieser Fiskalpakt, den wir im Bundestag gemeinsam mit dem europäi-

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder mit seiner Ersten Stellvertreterin und CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt.



schen Rettungsschirm ESM verabschiedet haben, ist die Antwort Europas auf die Krise. Ohne die Kanzlerin und unseren Finanzminister Wolfgang Schäuble hätte es sie nicht gegeben, genauso wenig wie die gemeinsamen Anstrengungen Europas zur Regulierung der Finanzmärkte.

Unser Land stünde heute anders da, würde es nicht von der christlich-liberalen Koalition regiert. SPD und Grüne hätten längst Ja zu Euro-Bonds gesagt. Sie hätten Geld ohne Gegenleistungen gegeben. Das wäre für den Reformwillen in den betreffenden Staaten fatal gewesen. Deren Regierungen hätte man

sogar verstehen können: Denn welcher Politiker würde seinen Bürgern harte Reformen zumuten, wenn er seinen Haushalt mit dem Geld anderer über Wasser halten könnte?

Umgekehrt sind auch die widerlegt worden, die keine Hilfen geben wollten. Deutschland mit seiner starken Exportwirtschaft profitiert von Europa wie vielleicht kein anderes Land – nach wie vor. Die Politik darf nicht mit dem Feuer spielen. Europa ist unsere Zukunft. Mit der darf man nicht leichtfertig umgehen.

Diese Koalition hat unser Land aber auch auf vielen anderen Feldern in den vergangenen



Monaten zukunftsfester gemacht. So schaffen wir die Grundlagen, um Deutschlands Wissens- und Innovationsvorsprung zu erhalten. Trotz der Sparzwänge steigert die christlich-liberale Koalition die Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2013 um 13 Milliarden Euro. Wir werden weiter darauf achten, dass die Unternehmen die Kraft behalten, in den eigenen Betrieb zu investieren. Der Staat ist immer nur *ein* Pfeiler, der die Zukunftskraft eines Landes ausmacht.

Der Zeitpunkt für Wahlkampf ist noch längst nicht gekommen. Die Legislaturperiode endet erst im Herbst 2013, und bis dahin gibt es noch

einiges zu tun: Als Bund müssen wir darauf achten, dass die Länder wirklich mit dem Kita-Ausbau vorankommen. Die neue Energiepolitik gilt es Schritt für Schritt umzusetzen. Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist in vollem Gange. Vor allem gilt es aber, Europa noch weiter zu einer Stabilitätsunion zu entwickeln. Die christlich-liberale Koalition wird Deutschlands Chancen mehren.

Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Weichen für eine europäische Stabilitätsunion sind gestellt

Trotz aller Schwierigkeiten ist der Euro in den vergangenen Monaten weiter stabilisiert worden. Mit Entschließungsanträgen zu den europäischen Gipfelbeschlüssen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit der FDP-Fraktion dabei die Verhandlungspositionen unserer Bundesregierung mitgestaltet und gestärkt.

Es ging dabei um eine Weichenstellung zwischen Schuldenunion und Stabilitätsunion. Mit dem Rückhalt der Koalitionsfraktionen ist es Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble letztlich gelungen, die Währungsunion in Richtung Stabilitätsunion weiterzuentwickeln.

Unser Ansatz zur Schaffung einer Stabilitätsunion beruht im Wesentlichen auf vier Säulen: Erstens, wir stärken die Wirtschafts- und Währungsunion durch schärfere Überwachungs- und Sanktionsinstrumente. Zweitens, wir verpflichten hochverschuldete Euro-Staaten zu tiefgreifenden Struktur-reformen, die zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind. Drittens, wir verknüpfen eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit aller Euro-Staaten mit gezielten Wachstumsimpulsen. Und schließlich viertens, wir errichten Rettungsschirme, die es Euro-Staaten mit Refinanzierungsproblemen ermöglichen, ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Stabilitätskurs gegen breiten Widerstand durchgesetzt

Dass die Bundesregierung die EU-Mitglieder für ihren Ansatz zu einer Stabilitätsunion gewinnen konnte, war keine Selbstverständlichkeit. Viele im In- und Ausland sehen bis heute in der Vergemeinschaftung der Haftung und der Schulden das Allheilmittel zur Überwindung der Krise. Sie machen sich stark für Wachstum auf Pump, ohne jedoch die dringend nötigen Struktur-reformen zu verlangen. Dies ist das falsche Rezept.

Maßgeblich für die Weichenstellung zu Gunsten der Stabilitätsunion war die Verknüpfung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit dem Fiskalvertrag. Die Koalition hat ihre Unterstützung für den dauerhaften Rettungsschirm ESM von Anfang an von der gleichzeitigen Einführung des Fiskalvertrags abhängig gemacht. Dieser schreibt die verbindliche Einführung nationaler Schuldenbremsen vor, wie wir sie in Deutschland bereits im Grundgesetz verankert haben. Er wirkt langfristig darauf hin, dass ESM-Hilfen gar nicht erst erforderlich werden.

Der Fraktion war es wichtig, den Fiskalvertrag – auch in den Bundestagsberatungen zu seiner Ratifizierung – nicht vom ESM abzutrennen. Das ist ebenso gelungen wie die Organisation der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit. Die Opposition zögerte dabei lange mit ihrer Zustimmung. Letztlich wurde zusätzlich vereinbart, dass sich die Bundesregierung für die europaweite Einführung der Finanztransaktionssteuer einsetzen soll. Dies war aber ohnehin Ziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und auch der Koalition insgesamt. Der langen Verhandlungsrunden hätte es nicht bedurft.

Zusätzliches Gewicht für die Stimme des Bundestages in Europa

Der nationale Ratifizierungsprozess von ESM und Fiskalpakt konnte erst Mitte September abgeschlossen werden, obwohl die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat schon vor der Sommerpause vorlag. Ursache waren Verfassungsklagen gegen beide Vertragswerke. Das Urteil aus Karlsruhe hat die Politik der christlich-liberalen Koalition dann aber klar bestätigt. Mögliche Fragen zur deutschen Haftungsobergrenze wurden auch unter Mitwirkung des Bundestages im Ratifizierungsverfahren beseitigt, so dass klar ist, dass diese bei maximal 190 Milliarden Euro liegt. Auch wurden im Zuge der Entscheidung die Informationsrechte von Bundestag und Bundesrat noch einmal klargestellt.

Das Bundesverfassungsgericht hatte schon mit einem Urteil im Februar 2012 die Rolle des Bundestages gestärkt: Mit Hinweis auf die Budgethoheit des Bundestages, die in einer repräsentativen Demokratie zwingend ist, hatte Karlsruhe darauf gedrungen, dass Maßnahmen des temporären Rettungsschirms EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) prinzipiell vom Plenum gebilligt werden. Die Entscheidungen des vertraulich tagenden Neuner-Gremiums, dessen Sitze nach Fraktionsstärken aufgeteilt sind, wurden auf Käufe von Staatsanleihen am Sekundärmarkt beschränkt. Diese Regelung gilt selbstverständlich auch für den ESM.

Sonderfall Griechenland

Die Hilfsprogramme für notleidende Euro-Länder haben es mit sich gebracht, dass sich der Bundestag intensiv mit der Innenpolitik anderer Staaten befassen musste. Maßgeblich für die Auszahlung der Hilfen sind die Berichte der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds über die Fortschritte, die die betroffenen Staaten hinsichtlich der zugesagten Reformen machen.

Ende Februar hat der Bundestag dem zweiten Rettungspaket für Griechenland den Weg geebnet. Dieser Schritt war auch deshalb akzeptabel, weil der deutsche Bürgschaftsrahmen unverändert geblieben ist und private Gläubiger beteiligt wurden. Der Schuldenschnitt hat Steuerzahlern wie Spekulanten signalisiert, dass die Staaten der Euro-Zone nicht fraglos für private Verluste aufkommen. Der Anleihetausch verlief dann komplikationslos.



Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen bei der namentlichen Abstimmung zum ESM und Fiskalpakt am 29. Juni 2012.



Die Koalition ist sich der Tatsache bewusst, dass Griechenland die größte Herausforderung darstellt. Auch wegen der fragwürdigen Umstände, unter denen das Land zur Zeit von Rot-Grün der Euro-Zone beigetreten ist, handelt es sich um einen Sonderfall. Unter schwierigen Bedingungen wurde inzwischen viel geleistet, um Athen auf den richtigen Pfad zu bringen. Der Schuldenstand wurde reduziert, das jährliche Defizit ist deutlich gesunken, die Wettbewerbsfähigkeit leicht gestiegen.

Die Anstrengungen reichen aber noch nicht aus. Das aktuelle Hilfsprogramm verschafft Griechenland die nötige Zeit, seine Reformen anzugehen. Weil ESM und Fiskalvertrag jetzt in Kraft sind, hat sich das Risiko weiter vermindert, dass andere Euro-Staaten sich anstecken, falls es zu weiteren Turbulenzen kommen sollte. Es bleibt unser Ziel, die Euro-Zone komplett zusammenzuhalten.

Irland und Portugal liegen im Plan

In Irland hat sich die Lage stark verbessert. Das Wachstum entwickelt sich stabil positiv. Das Defizitziel wird in diesem Jahr unterschritten. Die Wettbewerbsfähigkeit ist größer geworden. Strukturreformen kommen insbesondere

Auf einen Blick: Fiskalvertrag

- Die Unterzeichner führen nach deutschem Vorbild eine Schuldenbremse ein.
- Die jährliche gesamtstaatliche Neuverschuldung darf um Konjunkturreffekte und finanzielle Transaktionen bereinigt 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten.
- Ein Defizitverfahren wird künftig automatisch ausgelöst werden, sollte ein Unterzeichnerland des Fiskalvertrages diese Obergrenze für die Neuverschuldung überschreiten.
- Ein Defizitverfahren kann nunmehr nur mit qualifizierter Mehrheit verhindert werden. Konsolidierungsunwillige Länder können sich nicht mehr verbünden, um Sanktionen zu umgehen.
- Der Europäische Gerichtshof (EuGH) überprüft – bei Klagen von Unterzeichnerländern des Fiskalvertrages und der Europäischen Kommission – die korrekte Umsetzung der Schuldenbremse in nationales Recht.
- Länder in einem Defizitverfahren müssen ein sogenanntes Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm auflegen, das vom Rat der EU und der Europäischen Kommission genehmigt und überwacht wird.
- Zwei Mal im Jahr soll es Treffen der Regierungschefs der Euro-Zone geben. Wenn es um Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Grundlagen der Euro-Zone oder spezielle Fragen der Umsetzung des Fiskalvertrags geht, werden auch die am Fiskalpakt beteiligten acht Nicht-Euro-Staaten dabei sein.
- Die Regierungen sollen in der Wirtschaftspolitik enger zusammenarbeiten und ihre Reformpläne abstimmen.
- Die Unterzeichnerländer des Fiskalvertrages sind verpflichtet, zur Einhaltung der Schuldenbremse automatische Korrekturmechanismen einzuführen.
- Die unterzeichnenden Staaten verstärken ihre rechtliche Verpflichtung, ihre Gesamtverschuldung abzubauen. Überschreitet diese 60 Prozent des BIP, ist sie um jährlich fünf Prozent zu reduzieren.
- Die Parlamente müssen sich auf regelmäßigen Konferenzen in Fragen der Haushalts- und Fiskalpolitik koordinieren.
- Spätestens in fünf Jahren ist das Einverständnis aller 27 EU-Mitgliedstaaten erforderlich. Bis dahin soll der Fiskalvertrag in die Europäischen Verträge überführt werden.

auf dem gebeutelten Arbeitsmarkt voran; ebenso macht die Stabilisierung des Finanzsektors Fortschritte. Dass das Maßnahmenpaket richtig ist, wird dadurch bestätigt, dass die Zinsaufschläge gesunken sind. Irland ist sogar eine Teilrückkehr an den Kapitalmarkt gelungen.

Das Sanierungsprogramm Portugals liegt grob im Plan. Die Staatsausgaben sind jetzt unter Kontrolle; das strukturelle Haushaltsdefizit ist deutlich zurückgegangen. Steigende Exporte zeugen von verbesserter Wettbewerbsfähigkeit. Das Vertrauen der Märkte konnte auch deshalb zurückgewonnen werden, weil die Bevölkerung trotz schmerzhafter Opfer den eingeschlagenen Kurs unterstützt. Für 2013 ist die Rückkehr an den Kapitalmarkt vorgesehen.

Chancen der Krisenbewältigung sind 2012 gestiegen

Nach einem Jahr grundlegender Reformen in den Programmländern und auf europäischer Ebene können wir sagen: Unsere Strategie, keine unkontrollierbaren Risiken einzugehen, geht auf. Der Euro behauptet sich. Das Vertrauen in unsere Währung kehrt zurück.

Trotz unterschiedlicher Interessenlagen muss ein stimmiges Konzept für die Weiterentwicklung der Integration entwickelt werden. Dabei muss ein Grundsatz gelten: Die Regeln, die sich Europa gibt, muss es auch einhalten. Die Kontrollen müssen verbessert werden. Allerdings muss auch die parlamentarische Kontrolle im Euro-Raum verbessert werden. Erste Vorschläge liegen vor. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich aktiv an der Diskussion beteiligen.

Unsere Sorgen sind geringer als vor Jahresfrist. Möglicherweise haben wir 2012 den Wendepunkt erreicht.

Weitere Informationen unter
www.cdusu.de/europa
www.cdusu.de/haushalt



Der Bundestag hat weitgehende Kontroll- und Mitspracherechte bei der Euro-Rettung.



Auf einen Blick: Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

- Der ESM dient als finanzielle Brandmauer, falls ein Land in Schieflage geraten sollte.
 - Instrumente des ESM sind: Darlehen, Primärmarkt- und Sekundärmarktinterventionen, vorsorgliche Finanzhilfen und Darlehen zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten eines ESM-Programmlandes.
 - Staatsanleihen werden künftig Umschuldungsklauseln (CACs) enthalten, die es dem Staat erleichtern, sich im Falle einer Umschuldungssituation mit seinen Gläubigern über die Zahlungsbedingungen seiner Anleihen zu einigen.
 - Wer künftig Hilfen aus dem ESM in Anspruch nehmen will, muss den Fiskalvertrag ratifiziert und innerhalb eines Jahres nach dessen Inkrafttreten eine nationale Schuldenbremse eingeführt haben.
-





Lehren aus der Krise: Finanzmarktregulierung auf gutem Weg

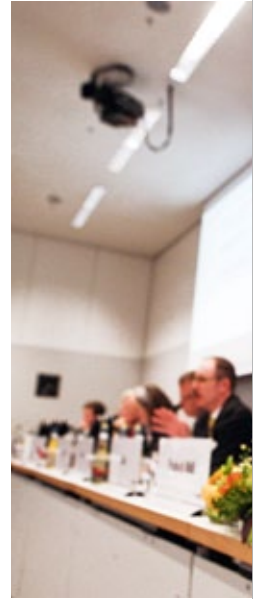
Bei der dringend notwendigen Regulierung der Finanzmärkte ist die christlich-liberale Koalition weiter vorangekommen. Dabei lässt sich gerade die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von dem Gedanken leiten, dass alles unternommen werden muss, damit sich die Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 nicht wiederholen kann. Allerdings hilft es dabei auch nicht, die Finanzwirtschaft unter einen Generalverdacht zu stellen. Banken sind für eine Volkswirtschaft unverzichtbar. Eine vernünftige Regulierung wird aber der Finanzwelt letztlich helfen und nicht schaden. Sie ist daher für alle Seiten wichtig: Für die Kunden der Banken, für die Institute selbst, aber auch für die Gesellschaft insgesamt.

Das Bankenrestrukturierungsgesetz und die Bankenabgabe, die 2011 eingeführt wurden, haben bereits Modellcharakter weltweit. Systemrelevante Banken können in Deutschland restrukturiert oder geordnet abgewickelt werden, ohne dass der Finanzsektor insgesamt gefährdet würde. An derartig grundlegende Reformen hat die Koalition 2012 angeknüpft.

Finanzaufsicht schlagkräftiger gemacht

Vor allem hat die Koalition die deutsche Finanzaufsicht erheblich gestärkt. Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) haben ab 2013 neue Befugnisse und werden nach klaren Vorgaben enger zusammenarbeiten.

Mit dem Ausschuss für Finanzstabilität, in dem unter anderem das Bundesfinanzministerium, die Bundesbank und die BaFin vertreten sind, ist ein Forum geschaffen worden, in dem alle relevanten Institutionen in Deutschland die Lage auf den Finanzmärkten gemeinsam analysieren. Sie beraten über Warnungen und Empfehlungen an die Aufsichtsbehörden oder andere öffentliche Stellen.



Finanzminister Wolfgang Schäuble
beim Kongress der CDU/CSU-Fraktion
am 5. März 2012.

Riskante Finanzgeschäfte eingedämmt

Auch die Regeln für konkrete Bankgeschäfte hat die Koalition weiter verschärft. Zentraler Bestandteil sind höhere Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen nach dem Regelwerk von „Basel III“, benannt nach dem Baseler Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Ziel ist es, unter anderem die Finanzinstitute zu mehr Vorsorge für Kreditausfälle zu verpflichten. Dadurch wird der Sektor insgesamt widerstandsfähiger. Unser Ziel ist es, die neuen Vorgaben in Deutschland ab 2013 anzuwenden.

Die ab November rechtskräftige EU-Leerverkaufsverordnung entspricht dem deutschen Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte von Juli 2010. Es gilt damit das generelle Verbot ungedeckter Leerverkäufe von europäischen Aktien und Staatsanleihen sowie von Kreditversicherungen auf EU-Staatstitel ohne Absicherungszweck. Mit Novellen des Wertpapierhandels- und des Börsengesetzes hat die Koalition 2012 begleitende Melde- und Veröffentlichungspflichten, strafbewehrte Zwangseindeckungspflichten und Bußgeldtatbestände beschlossen.



Weiter werden die Gefahren aus dem Hochfrequenzhandel reduziert. Die Koalition wird die Erlaubnispflicht für Hochfrequenzhändler einführen und Marktmanipulationen verhindern. Gesetz ist bereits, dass Manager von Hedge- und Private-Equity-Fonds einer Kontrolle unterliegen und sich die Ratingagenturen von Interessenkonflikten frei machen müssen. Die Finanzmärkte dürfen den Ratings auch nicht mehr blindlings vertrauen, sondern müssen eigene Analysen betreiben.

Finanziellen Verbraucherschutz ausgebaut

Bankkunden müssen bei Wertpapiergeschäften nunmehr besser über die Risiken der Finanzprodukte aufgeklärt werden. Bei fehlerhaften oder fehlenden Prospekten gelten Schadenersatzansprüche mit Verjährungsfristen von bis zu zehn Jahren. Den Rechtsschutz haben wir auch dadurch verbessert, dass Haftungsfälle von Vermittlern und Beratern zum Gegenstand von Musterverfahren

gemacht werden können. Nicht zuletzt wird bei der BaFin ein Verbraucherbeirat eingerichtet sowie ein Beschwerdeverfahren für einzelne Verbraucher und Verbraucherschutzorganisationen.

Qualität vor Schnelligkeit bei europäischer Bankenaufsicht

Den Beschluss des Europäischen Rates von Juni 2012 zur Errichtung einer einheitlichen EU-Bankenaufsicht unterstützt die christlich-liberale Koalition, weil Europa die gleiche Schlagkraft braucht wie Deutschland. Mit dem Entschließungsantrag „Bankenunion – Subsidiaritätsgrundsatz beachten“ hat die Koalition aber frühzeitig klargestellt, dass dabei Qualität vor Schnelligkeit geht. Die neue Aufsicht bedarf demokratischer Kontrolle, und die Einlagensicherung darf nicht vergemeinschaftet werden.

Nicht zuletzt plädiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulation einzudämmen. Damit diese Steuer tatsächlich einen Lenkungseffekt hat, ist es erforderlich, sie in möglichst vielen Ländern einzuführen. Die Bestrebungen der Bundesregierung, möglichst viele EU-Partner dafür zu gewinnen, unterstützt sie nachdrücklich.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/finanzen





Ausgeglichener Bundeshaushalt schon in Reichweite

Solide Haushaltspolitik gehört zum Markenkern der Union. Unter der christlich-liberalen Koalition wird der Bund seine Nettokreditaufnahme von ursprünglich geplanten 86 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf gut 17 Milliarden Euro 2013 abbauen. Auch in Zukunft wird das Ziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sein, den Haushalt zu sanieren, ohne jedoch das Wachstum zu bremsen.

Nach der scharfen Rezession von 2009 gelang es, die Konjunkturpakete behutsam auslaufen zu lassen, ohne dass der Aufschwung ins Stocken geriet. Im Gegenteil: Das Bruttoinlandsprodukt erreichte 2010 und 2011 neue Höhen; seine Entwicklung erweist sich auch in diesem Jahr trotz des unsicheren internationalen Umfeldes als robust.

Dank der eindrucksvollen Wirtschaftsentwicklung sind die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen kräftig angestiegen. Im Gegensatz zur Vergangenheit sind die Staatsausgaben trotzdem nicht erhöht worden. Gleichzeitig werden Mittel in Bereiche umgeschichtet, in denen Investitionen nötig sind.

Aufgrund des labilen internationalen Umfeldes würden Steuererhöhungen oder übermäßige Kürzungen der Staatsausgaben Konjunkturrisiken hervorrufen. Die Bundesregierung hat daher der Europäischen Union und der Gruppe der 20 wichtigsten Industriestaaten zugesagt, darauf zu verzichten, das Defizit allzu rigide zurückzuführen. Dies würde die internationale Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen. Deutschland bleibt Wachstumslokomotive in Europa.

Strikte Ausgabendisziplin zahlt sich aus

Nicht nur die Konjunkturindikatoren bestätigen den Kurs der Koalition. Sie ist bei der Haushaltskonsolidierung schneller vorangekommen als der Abbaupfad der Schuldenbremse vorschreibt. Sowohl in diesem Jahr als auch 2013 liegt die Nettoneuverschuldung deutlich unter dem Limit.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 hat die Koalition die zulässige Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Milliarden Euro unterschritten. Sie hat die Neuverschuldung gegenüber dem Regierungsentwurf um 1,1 Milliarden Euro abgesenkt, ohne auf Wachstumsimpulse zu verzichten. Die Union erreichte es, dass eine Milliarde Euro zusätzlich für ein Infrastrukturbeschleunigungsprogramm zur Verfügung gestellt wurden.

Im Bundeshaushalt 2013 wird die nach der Schuldenbremse ebenfalls maximal mögliche Nettokreditaufnahme um fast 24 Milliarden Euro unterschritten. Indem die Koalition das strukturelle Defizit des Bundes auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückführt, hält sie ein Kernelement der Schuldenbremse bereits ein – und zwar drei Jahre früher als vorgegeben.



Mit dem Budget des kommenden Jahres sorgt die Koalition erneut für gute Wachstumsbedingungen. Sie setzt Ausgabenschwerpunkte im Bereich Bildung und Forschung sowie bei der personellen Unterstützung der Energiewende. Die klassischen Investitionen im Verkehrsbereich bleiben entgegen den ursprünglichen Planungen nicht nur auf dem hohen Niveau von zehn Milliarden Euro, sondern werden sogar noch um 750 Millionen Euro vorrangig für Neubauprojekte erhöht.

Bundeshaushalt soll schon 2014 strukturell ausgeglichen sein

Mit strikter Ausgabendisziplin ist die christlich-liberale Koalition während der gesamten Wahlperiode hervorragend vorangekommen. Für das Jahr 2014 strebt sie einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt an. Trotz der anstehenden Bundestagswahl unterliegt die Koalition nicht der Versuchung, die Ausgabenspielräume auszuschöpfen. Ebenso wenig liegt ihr daran, den Haushalt schon vorher auf Biegen und Brechen auszugleichen – was auf Kosten des Wachstums in Deutschland und Europa ginge.

Weitere Informationen unter
www.cducusu.de/haushalt
www.cducusu.de/wirtschaft



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer, die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt und der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, im Plenum.



Energiewende meistern – Umwelt schonen

Deutschland ist auf dem Weg in ein neues Energiezeitalter. Bis 2050 wollen wir unsere Energieversorgung zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien speisen. Wind, Sonne, Wasser und Biomasse sollen die Hauptlieferanten für unsere Energie werden. Gleichzeitig soll Energie sicher und bezahlbar bleiben, auch damit Deutschland ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt. Dazu sind viele Schritte in den Handlungsfeldern Energienetze, erneuerbare Energien, fossile Kraftwerke, Energiespeicher und -forschung sowie Energieeffizienz nötig.

Energienetze ausbauen

Der Ausbau des Höchstspannungsübertragungsnetzes für Strom stellt ein zentrales Element dar. Wir brauchen mehr Übertragungsnetze, da es nicht allen Regionen in Deutschland möglich sein wird, ihren Energiebedarf mit dem vor Ort vorhandenen Potenzial aus erneuerbaren Energien zu decken. Die christlich-liberale Koalition hat mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes und dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz die Grundlagen für eine bundesweit koordinierte Netzplanung und eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren gelegt. Ein Netzentwicklungsplan wird in einem Bundesbedarfsplangesetz festgelegt werden. Auch die Verteilnetze müssen modernisiert und ausgebaut werden, denn Strom aus erneuerbaren Energien, der stärker dezentral von zahlreichen Kleinerzeugern produziert wird, wird über diese Netze eingespeist.

Für den Erfolg der Energiewende ist es auch von großer Bedeutung, dass die Bevölkerung die notwendigen Maßnahmen akzeptiert. Die christlich-liberale Koalition hat deshalb dafür gesorgt, dass Bürgerinnen und Bürger stärker und frühzeitiger in die Feststellung des Netzausbaubedarfs sowie in die Planungs- und Genehmigungsverfahren eingebunden werden.

Tragende Säule Windenergie

Der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt sehr gut voran. Bereits heute liegt ihr Anteil an der Stromerzeugung bei 25 Prozent. Den größten Beitrag leistet die Windkraft, gefolgt von Biomasse, Wasserkraft und Fotovoltaik.

Der Ausbau der Solarenergie ist besonders erfolgreich. Die Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – ein jährlicher Zubau von 2.500 bis 3.500 Megawatt – haben wir 2011 mit 7.500 Megawatt erneut weit übertroffen. Die offensichtliche Überförderung der Fotovoltaik hat die Koalition durch eine deutliche Absenkung der Fördersätze im EEG korrigiert.

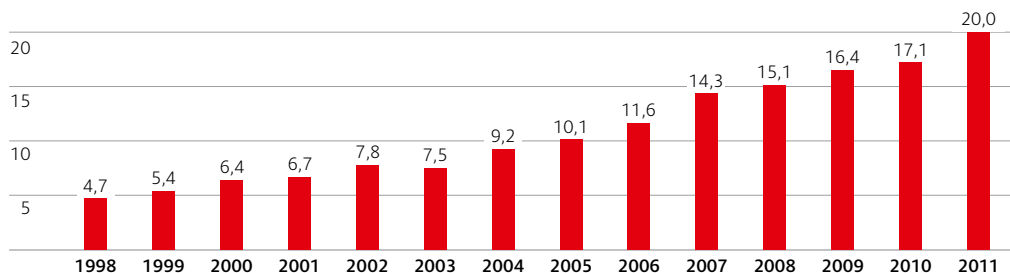
Windenergie ist eine tragende Säule beim Umbau der Energieversorgung in Deutschland. Mit dem KfW-Sonderprogramm „Offshore-Windenergie“ und einer Sammelanbindungsregelung für Windparks hat die Koalition den Ausbau beschleunigt. Des Weiteren wurde ein Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der die offenen Haftungsfragen beim Anschluss von Offshore-Windparks an das Stromnetz klärt und verlässliche Rahmenbedingungen setzt.

Fossile Kraftwerke werden gebraucht

Um auch in Zukunft die Energieversorgung garantieren zu können, braucht Deutschland in den nächsten Jahren zusätzliche fossile Kraftwerke. Wir müssen die Kapazitäten, die wegen der schrittweisen Abschaltung der Kernkraftwerke fehlen, ersetzen. Zudem müssen wir die schwankende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ausgleichen. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz novelliert und die Förderbedingungen für den Neubau und die Modernisierung von KWK-Anlagen verbessert. Ein neues KfW-Kreditprogramm soll Investitionen kommunaler Unternehmen in Gaskraftwerke fördern. Mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes werden wir die Versorgungssicherheit verbessern.

Die erneuerbaren Energien haben ihren Preis. Der starke Anstieg der EEG-Umlage auf 5,277 Cent/kWh 2013 zeigt, dass der weitere Ausbau volkswirtschaftlich verantwortbar und bezahlbar erfolgen muss. Wir brauchen ein Fördersystem, das sich stärker am Bedarf und am Zusammenspiel mit den konventionellen Energieträgern orientiert. Dies wird nur gelingen, wenn Anlagenzubau und Netzausbau miteinander synchronisiert werden. In der Diskussion um die Reform des EEG dürfen Industrie und Verbraucher nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen weder, dass die Strompreise zu einer Verlagerung von Unternehmen und Arbeitsplätzen ins Ausland führen, noch darf Energie für die privaten Haushalte zum Luxusgut werden.

Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung in Deutschland in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Speicherkapazitäten ausbauen

Zum Ausgleich der Schwankungen, die bei der Erzeugung erneuerbarer Energien entstehen, brauchen wir auch entsprechende Speicherkapazitäten. Deshalb fördert die Koalition Forschung und Entwicklung in diesem Bereich mit dem 6. Energieforschungsprogramm und der Förderinitiative „Energiespeicher“.

Umwelt schützen – Lebensgrundlagen erhalten

Mit der Energiewende kommen wir zu einer Energieversorgung, die das Klima schont, die Umwelt schützt und die Lebensgrundlagen erhält. Damit betreibt die Koalition Vorsorge für die kommenden Generationen.

Energiesparen ist ein Schlüssel für das Gelingen der Energiewende. Die Koalition hat deshalb das Gebäudesanierungsprogramm aufgestockt und die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung auf den Weg gebracht. Sie hat erreicht, dass ab 1. Januar 2012 wieder der nachträgliche Einbau von Rußpartikelfiltern gefördert wird. Mit der Weiterentwicklung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts stärkt die Koalition die Vermeidung von Abfällen, fördert nachhaltig das Recycling und legt damit die Grundlage für eine durchgreifende Verbesserung von Ressourcenmanagement und Ressourceneffizienz.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/umwelt
www.cducsu.de/energie
www.cducsu.de/wirtschaft





Gegen den Trend: Wirtschaft und Arbeitsmarkt florieren

Die christlich-liberale Koalition führt Deutschland nicht nur gut durch die Euro-Schuldenkrise, sondern sorgt auch dafür, dass unser Land im internationalen Wettbewerb vorn bleibt. Die deutsche Wirtschaft wächst, während viele andere Staaten Rezession zu beklagen haben.

Die deutschen Exporte steigen. Anders als in früheren Jahren stützt vor allem die Binnenkonjunktur die positive Entwicklung. Die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und steigende Löhne haben die Nachfrage der Privathaushalte stimuliert.

Deutschland ist nicht nur die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft Europas, es ist das einzige Land in der Europäischen Union, das deutlich weniger Arbeitslose hat als vor dem Krisenjahr 2009. Die Arbeitslosigkeit ist auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen. Fast 42 Millionen Menschen sind erwerbstätig. Verbesserte Beschäftigungsperspektiven und steigende Löhne haben mit dazu beigetragen, dass die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen deutlich angestiegen sind und sich somit neue Spielräume eröffnen.

Erleichterungen für Familien und Betriebe

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat für diese gute Entwicklung mit die Weichen gestellt: Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die Koalition die Menschen und Unternehmen in Deutschland bereits 2010 um 8,5 Milliarden Euro entlastet. Dabei entfielen allein 4,6 Milliarden Euro auf die Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag. Außerdem erleichterte die unionsgeführte Bundesregierung Abschreibungen für Betriebe und veränderte die Erbschaftssteuer zum Vorteil der Familien und des Mittelstandes.

Der Bürokratieabbau macht Fortschritte. Seit 2006 wurden rund 450 Maßnahmen beschlossen, die die Unternehmen von Berichtspflichten entlasten. Während die deutsche Wirtschaft 2006 noch jährlich rund 49 Milliarden Euro für Bürokratie aufbringen musste, sind es heute rund elf Milliarden weniger. So schafft die Koalition Freiräume für Investitionen und eröffnet neue Chancen für Innovation und Beschäftigung.

Mit den in der Krise eingeführten Sonderregeln beim Kurzarbeitergeld und mit dem milliardenschweren Schutzschirm für Arbeitnehmer, mit dem die Beiträge zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung niedrig gehalten wurden, konnte die christlich-liberale Koalition die finanzielle Situation der gesetzlichen Sozialversicherungen grundlegend stabilisieren. Anstelle des Defizits von 2009 (13,7 Milliarden Euro) wiesen die Sozialkassen 2011 einen Überschuss von 13,8 Milliarden Euro aus. Im Vergleich zu 2010 verfünffachte sich der Überschuss nahezu – und dies trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren.



Beitragssätze stabil halten

Zur Bewältigung der demografischen Entwicklung kommt es auch künftig darauf an, mehr Beitragszahler zu haben – was nur mit einer Steigerung der Beschäftigtenzahl gelingen kann. Ein Faktor dafür ist, die Beitragsbelastung stabil zu halten. Hier geht die Entwicklung in die richtige Richtung. Auch 2012 liegen die Sozialbeiträge unter 40 Prozent.

Richtig ist aber auch, dass wir denen, die Deutschland trotz Krise stark gemacht haben, zurückgeben, was sie sich hart erarbeitet haben. Der Rentenbeitragssatz sinkt 2013 auf 18,9 Prozent. Bereits zu Jahresbeginn 2012 wurde der Beitragssatz von 19,9 auf 19,6 Prozent gesenkt. Insgesamt ist dies eine Entlastung um rund 8,2 Milliarden Euro. Beschäftigte und Arbeitgeber profitieren gleichermaßen davon.

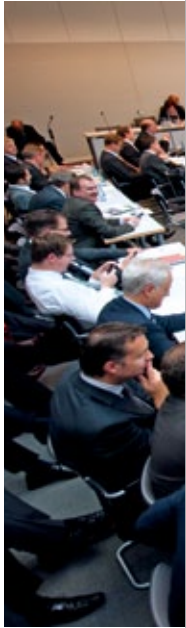
Arbeitnehmer haben dadurch mehr Netto vom Brutto. Für einen Durchschnittsverdiener mit 2.600 Euro brutto in der Tasche ergibt sich zusammengeordnet eine Entlastung um rund 190 Euro im Jahr. Die Arbeitnehmer haben in den vergangenen Jahren eher geringe oder gar keine Lohnsteigerungen erhalten und damit zur Erholung der Wirtschaft stark beigetragen. Die Früchte des Verzichts dürfen sich nicht nur in den Gewinnen der Unternehmen und den Dividenden der Aktionäre niederschlagen, sondern müssen allen zugute kommen. Mit der Beitragssatzsenkung haben die Arbeitnehmer mehr im Portemonnaie, die Rentner haben eine höhere Rentenanpassung, und die Arbeitskosten sinken.



Der Geschäftsführende Vorstand
der CDU/CSU-Fraktion.

Als Antwort auf den drohenden Fachkräftemangel hat die christlich-liberale Koalition ein Konzept zur Fachkräftesicherung beschlossen. Die Strategie ruht auf zwei Säulen: auf kluger Zuwanderungspolitik und besserer Ausschöpfung des inländischen Potenzials. Als zentrale Maßnahme hat die Bundesregierung einen Rechtsanspruch auf ein Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Qualifikationen beschlossen.

Gleichzeitig verwendet die christlich-liberale Koalition ihre ganze Kraft und das Geld der Bürger dafür, dass die Menschen wieder in Arbeit kommen. Der Kampf gegen Armut lässt sich nur dadurch gewinnen, dass Arbeitsplätze geschaffen und Arbeitslose vermittelt werden. Dazu gewährleistet die Reform der Grundsicherung für Arbeitsuchende den Kommunen nicht nur echte Mitsprache in den Jobcentern, sondern in 110 Städten und Landkreisen ist die Kommune sogar allein für die Betreuung Langzeitarbeitsloser zuständig. Diese Hilfe aus einer Hand ist bürgerfreundlich und vergrößert die Chancen der Arbeitslosen auf Vermittlung. Die Arbeitsmarktpolitik ist jetzt besser darauf ausgerichtet, individuelle Problemfälle zu lösen. Die Entscheider vor Ort sind freier als bisher; die Vermittlungsanstrengungen werden ausgebaut.

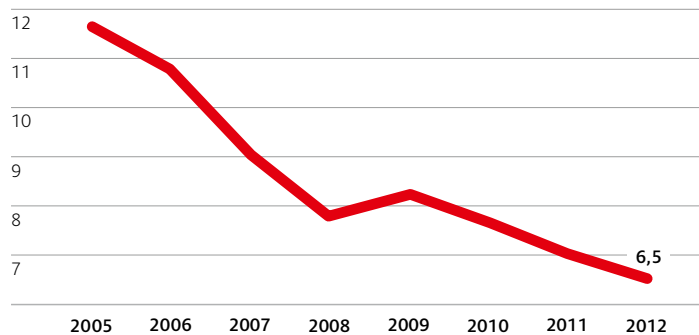


Auf einen Blick: Niedrigste Arbeitslosenzahl seit der Wiedervereinigung

Der deutsche Arbeitsmarkt ist weiter in sehr guter Verfassung. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in ihrem aktuellen Herbstgutachten zwar, dass der im historischen und internationalen Vergleich bemerkenswerte Abbau der Arbeitslosigkeit über die letzten Jahre künftig an Schwung verlieren wird. Für das Jahr 2012 rechnen die Ökonomen damit, dass die Zahl der Arbeitslosen wie bisher bei 2,9 Millionen verharren wird. Das entspricht weiterhin dem niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit 1992, der erstmals 2011 erreicht wurde. Für das kommende Jahr prognostiziert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) einen leichten Zuwachs an Arbeitslosen, allerdings um allenfalls 40.000.

Arbeitslosenquote

Angaben in Prozent



Quelle: Agentur für Arbeit; Stand: September 2012



Die 237 Abgeordneten der Unionsfraktion treffen sich immer dienstags in der Sitzungswoche im Fraktionssaal.

Für faire Löhne in Deutschland

Gemeinsames Ziel von CDU und CSU sind faire Löhne in Deutschland. Gute Arbeit muss ordentlich bezahlt werden. Über vier Millionen Beschäftigte in zwölf Wirtschafts-

zweigen erhalten derzeit schon einen tarifvertraglich vereinbarten Branchen-Mindestlohn. Daran gilt es für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion anzuknüpfen: Wir vertrauen den Tarifvertragsparteien. Ein politischer Mindestlohn ist nicht der richtige Weg.

Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. In keinem Land der Welt ist eine solche partnerschaftliche Sozialkultur entstanden wie hierzulande. Zwischen 2002 und 2011 fielen je 1.000 Beschäftigten in Deutschland durchschnittlich nur 4,4 Arbeitstage wegen Streiks aus. Das ist der Lohn des hohen Verantwortungsbewusstseins beider Tarifpartner. Es soll ihre Aufgabe bleiben, die Lohnhöhe auszuhandeln.

Wir wollen diese Erfolgsgeschichte weiterschreiben. Gemeinsam haben CDU und CSU in einer Fraktionsarbeitsgruppe 2012 Vorschläge entwickelt, wie sich die Tarifvertragsparteien für die Bereiche, in denen kein tarifvertraglich festgelegter Lohn existiert, auf eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze verständigen sollen. Über die Höhe der Lohnuntergrenze soll eine unabhängige, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzte Kommission entscheiden. Auch die Festlegung von möglichen Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte Lohnuntergrenze. Das unterscheidet das Modell der Union vom politischen Mindestlohn.



In der Fraktionssitzung stimmen die Abgeordneten über Initiativen, Anträge und Gesetzesvorlagen ab.

Zuwachs an Beschäftigung prognostiziert

Auch wenn es zunehmend Befürchtungen gibt, dass die schwächer werdende Weltkonjunktur und die Schuldenkrise in Europa sich negativ auf unsere Zukunft auswirken: Deutschland steht nicht vor einer durchgreifend negativen Trendwende. Dies belegt die Jahresprognose 2012/2013 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Es sagt sogar einen guten Zuwachs an Beschäftigung voraus. Nicht allein die Konjunktur macht Deutschland stark. Unsere Wirtschaft hat großes Vertrauen in die strukturelle Stabilität des Standortes Deutschland. Das gibt unseren Arbeitnehmern und ihren Familien große Sicherheit.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/wirtschaft
www.cducsu.de/arbeitsundsoziales
www.cducsu.de/arbeitnehmer



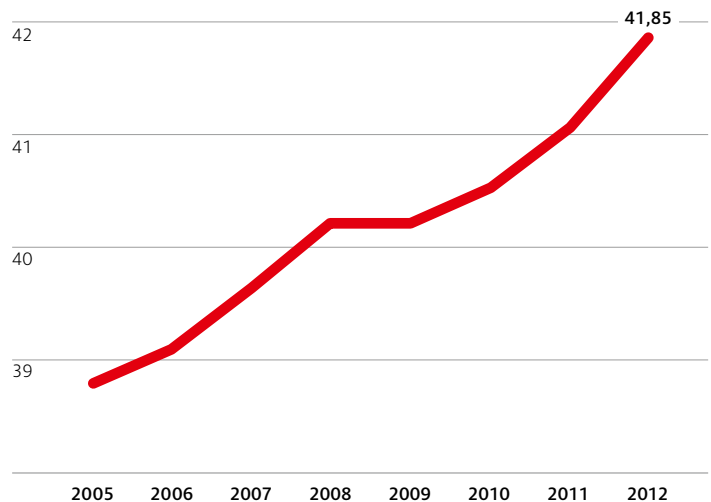
Auf einen Blick: Immer mehr Beschäftigte

Die Beschäftigung nimmt weiter zu und stützt die Binnennachfrage. Die Institute sehen eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 463.000 Personen in diesem und um 148.000 im nächsten Jahr. Der größte Teil davon wird weiterhin dem Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zuzurechnen sein.

Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten steigt laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Jahresdurchschnitt 2012 um 560.000 und im kommenden Jahr um weitere 290.000 auf 29,29 Millionen Personen. Das ist der höchste Stand sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung seit 1992. Der Zuwachs übertrifft das vierte Jahr in Folge den Anstieg der Erwerbstätigkeit insgesamt. Dies belegt, der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist und bleibt nachhaltig.

Zahl der Erwerbstätigen

Angaben in Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: September 2012



Wahlfreiheit für Eltern – soziale Sicherheit auch in der Zukunft

Für die christlich-liberale Koalition ist die Förderung von Familien mit Kindern ein Schwerpunkt ihrer Politik. Das macht sich zunächst im Geldbeutel der Familien mit Kindern bemerkbar: Familien mit Kindern sind seit dem 1. Januar 2010 deutlich entlastet. Das Kindergeld wurde ganz im Sinne der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für jedes Kind um 20 Euro pro Monat erhöht. Der Steuerfreibetrag für Kinder stieg von 6.024 Euro auf 7.008 Euro.

Aber auch der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren kommt voran. Ziel ist ein Kita- oder Krippenplatz für jedes dritte Kind ab dem zweiten Lebensjahr bis August 2013. Mit dem Ausbau des Betreuungsangebots geben wir berufstätigen Eltern die Sicherheit, dass ihr Kind gut versorgt wird, während sie arbeiten. Mit Unterstützung der Fraktion hilft die Bundesregierung den Ländern bei der Finanzierung dieser Aufgabe. Damit aus den Geldern schneller Kitaplätze werden, macht sie aber auch Druck auf die Länder, die zu zögerlich an den Ausbau gegangen sind.

Das Verständnis der Union von einer modernen Familienpolitik ist klar: Eltern und Kinder brauchen die bestmögliche Unterstützung, um ihren individuellen Familienentwurf leben zu können – und dazu gehört das Betreuungsgeld genauso wie der Ausbau von Krippen. Das Betreuungsgeld ist die notwendige Ergänzung zur bestehenden Familienförderung. Würde vorwiegend in Krippenplätze, aber nicht in Alternativen investiert, wäre das eine staatliche Bevorzugung der Krippenerziehung. Familien würden in eine bestimmte Richtung gelenkt.

Das heißt: Wir wollen Wahlfreiheit für Eltern. Diese erreichen wir nur, wenn Familienpolitik auch die Eltern unterstützt, die sich selbst um ihre Kleinkinder kümmern wollen. Dabei sind die monatlich 100 Euro ab August 2013 und 150 Euro ab August 2014 eher wenig im Vergleich zur Subvention eines Krippenplatzes, der im Schnitt etwa 1.000 Euro kostet.

Für ein gerechtes Rentensystem auch in der Zukunft

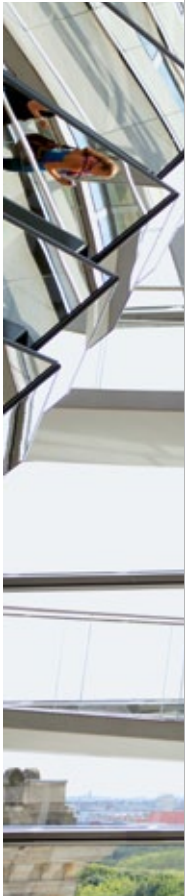
Eine stabile soziale Sicherung ist ein Kernanliegen der unionsgeführten Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nachdem auf Grundlage der „Rentengarantie“ eine Rentenkürzung vermieden werden konnte, stiegen die Altersbezüge im Juli 2012 sogar spürbar um über zwei Prozent an. Altersarmut ist gegenwärtig nur wenig ausgeprägt. Die Koalition arbeitet gleichwohl an der Verbesserung der Situation von Menschen, die im Alter von Armut bedroht sind. Zur Flankierung der Rente mit 67 ergreift sie ein Bündel von Maßnahmen. So sollen Geringverdiener, die ein Leben lang gearbeitet und privat vorgesorgt haben, eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten. Der Aufschlag soll aus Steuermitteln finanziert werden. Die Koalition will ein gerechtes Rentensystem auch in der Zukunft.

Versicherte bleiben erstklassig versorgt

Aufgrund des demografischen Wandels und des medizinischen Fortschritts ist absehbar, dass die günstige Finanzentwicklung in unserem Gesundheitssystem nicht ewig anhalten wird. Mit der Gesundheitsreform geht die christlich-liberale Koalition diese Herausforderung an. Damit die Gesundheitskosten auf viele Schultern verteilt werden, beteiligt die Koalition Leistungserbringer, Arbeitgeber, gesetzliche Krankenkassen und alle Steuerzahler daran auf faire Weise. Zur Entlastung von Arztpraxen und Versicherten wird die Praxisgebühr zum 1. Januar 2013 abgeschafft. Gleichzeitig bleiben alle Versicherten erstklassig versorgt.

Der Grundsatz „Pflege zu Hause hat Vorrang vor Pflege im Heim“ ist ein besonderes Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und er gilt auch in der Zukunft: Die Mehrausgaben von 1,1 Milliarden Euro in der Pflege werden für eine echte Verbesserung zugunsten Demenzkranker sowie zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und Familien verwandt. Hinzu kommt die ebenfalls beschlossene Förderung der privaten Pflegevorsorge.

Unter der christlich-liberalen Koalition werden erstmals die Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende bedarfsgerecht berechnet. Rot-Grün hatte gegen dieses Verfassungsgebot verstoßen. Mit den neuen Regelsätzen wird das Lohnabstandsgebot gewahrt. Union und FDP sind sich einig darin, dass sie Armut bekämpfen wollen, indem sie Erwachsenen Chancen auf Arbeit und Kindern über Bildung Chancen auf sozialen Aufstieg verschaffen.



Mehr als zwei Millionen bedürftige Kinder profitieren vom neuen Bildungspaket. Wie von den Kommunen gefordert, sind Landkreise und Städte mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ein warmes Mittagessen, auf Musik- und Sportstunden sowie auf Teilnahme an Schulausflügen betraut. Damit Geld für die Finanzierung übrig bleibt, übernimmt der Bund von den Kommunen die Kosten für die Grundsicherung im Alter – eine milliarden-schwere Entlastung.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/familie
www.cducsu.de/arbeitundsoziales
www.cducsu.de/gesundheit
www.cducsu.de/kommunales





Den ländlichen Raum lebenswert halten

Etwa die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt in ländlichen Räumen. Deutschland schöpft aus diesen Regionen einen beachtlichen Teil seiner wirtschaftlichen Kraft. Ein Großteil der etwa 3,5 Millionen Wirtschaftsbetriebe in Deutschland befindet sich auf dem Land. Die schönen Landschaften bedeuten auch für viele Bewohner städtischer Ballungszentren Heimat: Sie ziehen Touristen aus der Stadt an. Die unverwechselbaren Kultur- und Naturlandschaften prägen das Bild Deutschlands.

Prognosen zeigen, dass bis zum Jahr 2060 ca. zwölf bis 17 Millionen Menschen weniger in Deutschland leben werden als heute. Gleichzeitig zeichnet sich eine rasch fortschreitende Überalterung der Bevölkerung ab. Diese Entwicklung betrifft insbesondere die ländlichen Räume. Während viele Regionen für diese Entwicklung gut gerüstet sind, haben einige große Schwierigkeiten, die Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung und der europäischen Integration zu bewältigen.

Stärkung der ländlichen Räume als Querschnittsaufgabe

Die Union ist seit jeher die politische Kraft, die die Belange der ländlichen Räume mit Nachdruck und Erfolg vertritt. Sie hat bereits eine Reihe von Innovationen auf den Weg gebracht, von denen ländliche Räume profitieren werden, doch sind weitere Maßnahmen nötig.

Aus Sicht der christlich-liberalen Koalition muss die Förderung der ländlichen Räume als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder begriffen werden. Seit März beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe aus CDU/CSU und FDP mit dem Thema. Sie hat in zahlreichen Anhörungen und Fachgesprächen mit Sachverständigen aus Bundesministerien und Hochschulen, mit Verbänden und Vereinen, aber auch mit den Ländern, Landkreisen und Kommunen Anregungen gesammelt. Von einem Koalitionsfachkongress im Juni nahm sie

weitere zahlreiche Vorschläge mit. Ihr Abschlusspapier dient als Grundlage für einen Antrag an die Bundesregierung, der noch im Jahr 2012 verabschiedet werden soll.

Starke Landwirtschaft für starke ländliche Räume

Eine starke Landwirtschaft ist die Grundlage für vitale ländliche Räume. Daher hat das Landwirtschaftsministerium eine Charta für Landwirtschaft und Verbraucherschutz erarbeitet. Diese Charta beschreibt die künftigen Herausforderungen, aber auch die Zielkonflikte. Zudem zeigt sie Lösungen für eine nachhaltige Politik auf. So will die Koalition zum Beispiel regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, den Verbrauch wertvoller Agrarflächen reduzieren, das Tierwohl voranbringen und mit mehr Transparenz bei den Lebensmitteln dem Verbraucher eine klare Orientierung bieten.

Mit der Neuordnung des Pflanzenschutzrechts hat die Koalition das weltweit herausragende Niveau der Prüfung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland erhalten. Auch künftig sind hohe Standards beim Schutz von Umwelt und Verbrauchern gewährleistet. Gleichzeitig stellt sie durch eine pragmatische Umsetzung des EU-Verfahrens zur zonalen Zulassung den betroffenen Landwirten und Gärtnern dringend benötigte neue Pflanzenschutzmittel schnellstmöglich bereit. Die Koalition setzt dabei auf eine Harmonisierung der europäischen Vorgaben und damit auf einen Abbau der Wettbewerbsverzerrungen für die deutschen Landwirte.

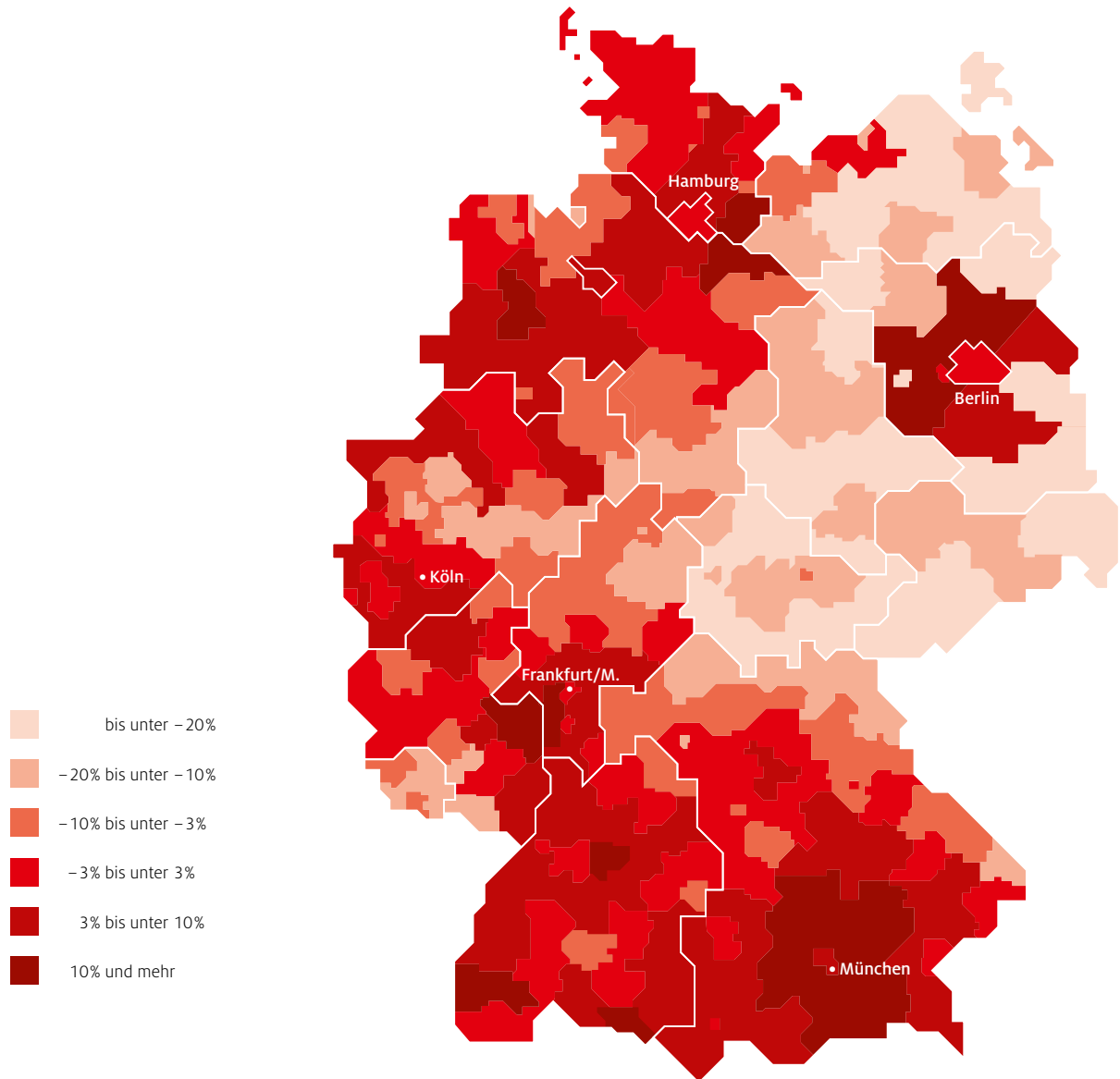
Die agrarsozialen Sicherungssysteme wurden unter dem Dach eines neuen Bundesträgers zusammengeführt. Diese Bündelung der Kräfte macht die soziale Sicherung in der Landwirtschaft stark für die Zukunft. Der Bund beteiligt sich daran mit gut 150 Millionen Euro. Ebenso wichtig ist, dass auch bei der neuen landwirtschaftlichen Sozialversicherung das bewährte Prinzip der Selbstverwaltung gewahrt bleibt.

Digitale Spaltung Deutschlands verhindern

Von übergeordneter Bedeutung für die Entwicklung der ländlichen Räume ist eine moderne Infrastruktur, etwa für die Telekommunikation. Hier stehen wir vor einem Innovationsschub, der sich aus den deutlich gestiegenen Übertragungsraten des Breitbandes ergibt. Daher müssen die Standortbedingungen des ländlichen Raums verbessert werden, indem das schnelle Internet dort flächendeckend ausgebaut wird. Nur so lässt sich eine digitale Spaltung Deutschlands verhindern.

Künftige Bevölkerungsdynamik

Veränderung der Bevölkerungszahl 2005 bis 2030
in Deutschland



Datenbasis: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Die Diskussionsvorschläge der Teilnehmer am Kongress „Ländliche Räume, regionale Vielfalt – wie gestalten wir die Zukunft?“ wurden in eine parlamentarische Initiative integriert.

Die Bundesregierung hat als Ausbauziel vorgegeben, bis 2014 für 75 Prozent und bis 2018 für 100 Prozent der Haushalte Breitbandanschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde verfügbar zu haben. Zwar hat die Koalition mit der Novelle des Telekommunikationsgesetzes schon den Boden dafür bereitet, dass mehr in den Ausbau der Breitbandnetze investiert werden kann. Gleichwohl müssen neue Wege zur Finanzierung und Umsetzung, zur Einbeziehung und Beteiligung von Kommunen und Nutzern des Breitbandnetzes aufgezeigt werden. Zu prüfen ist ebenfalls die Möglichkeit der Nutzung alternativer Technologien, etwa freiwerdender Radio-Frequenzen.

Uneingeschränkte Mobilität sichern

Zahlreiche Menschen, die auf dem Land wohnen, pendeln zur Arbeit in die Ballungsräume. Das Verkehrsaufkommen steigt nicht zuletzt deshalb, weil uneingeschränkte Mobilität für die Menschen selbstverständlich geworden ist. Deshalb müssen wir die Verkehrsinfrastruktur in den ländlichen Räumen ausbauen. Beim Erhalt und Ausbau von Straßen und Schienen müssen wir auf Umweltverträglichkeit achten und den besonderen Ansprüchen älterer Menschen gerecht werden. Es ist wichtig, dass die ländlichen Räume an das überregionale Verkehrsnetz angebunden werden.

Neuen Mobilitätsformen – wie der Nutzung von Elektrofahrrädern – kann im ländlichen Raum eine wichtige Rolle zukommen. Auch hierfür muss eine Infrastruktur vorgehalten werden, die der Bund fördern kann.







CSU-Landesgruppenchefin
Gerda Hasselfeldt beim Kongress
am 11. Juni 2012.

Zentrale Aufgabe ist es, in allen Regionen stets in ausreichender Menge Energie bereitzustellen. Gerade den ländlichen Räumen kommt eine besondere Bedeutung als Produktionsstandort für erneuerbare Energien zu. Um die Akzeptanz des Ausbaus erneuerbarer Energien zu erhöhen und den Verbleib von Wertschöpfung in den ländlichen Regionen sicherzustellen, scheint eine Beteiligung von Bürgern, etwa in Energiegenossenschaften, sinnvoll. Auf der anderen Seite muss mehr Energie eingespart werden, so über die Gebäudesanierung. Ein Programm zur Verstärkung der Sanierungstätigkeit kann zur Wertschöpfung im ländlichen Raum beitragen. Daher empfiehlt die Koalition den Ländern, ihren Widerstand im Bundesrat gegen die steuerliche Förderung der Dämmung von Häusern aufzugeben.

Förderprogramme auf ländliche Räume ausrichten

Damit die Regionen leistungs- und wettbewerbsfähig bleiben, müssen sie sich eigenständig entwickeln können. Das will die Koalition erreichen, indem sie Förderprogramme stärker auf die ländlichen Räume ausrichtet. So könnte beispielsweise die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum weiterentwickelt werden. Die Union empfiehlt, den Zugang zu Bildungs- und Forschungskapazitäten auch im ländlichen Raum zu erhalten und die Kooperationen von Wirtschaft und Forschung zu fördern, um die Innovationsfähigkeit mittelständischer Unternehmen dort zu stärken.

Die überwiegend mittelständisch strukturierte Tourismusbranche hat herausragende Bedeutung für strukturschwache Regionen. Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sind ebenfalls wichtige Stützen des ländlichen Raumes. Für den Tourismus und die Bodennutzung brauchen wir leistungskräftige Fachkräfte vor Ort. Die Schaffung von Arbeitsplätzen – etwa im Bereich der Gesundheitsvorsorge oder der Kindertagespflege – bleibt eine Kernaufgabe, wenn wir die Menschen auf dem Land halten wollen.

Für eine älter werdende Bevölkerung ist eine dauerhaft hohe Qualität der medizinischen Versorgung auf dem Land unabdingbar. Der Telemedizin wird hierbei eine größere Rolle zukommen. Ambulante Angebote, vor allem in der Pflege, müssen ebenfalls ausgebaut werden. In der Betreuung und Hilfspflege, beim Brand- und Katastrophenschutz kommt dem ehrenamtlichen Engagement und der Nachbarschaftshilfe zunehmende Bedeutung zu. Deshalb müssen wir das Ehrenamt stärken.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/laendliche-raeume
www.cducsu.de/agrarundverbraucher
www.cducsu.de/verkehr
www.cducsu.de/tourismus





Das Urheberrecht muss auch im digitalen Zeitalter gelten

Das Internet ist auf dem besten Weg, zur wichtigsten Infrastruktur unserer Gesellschaft zu werden. Die rasante technologische Entwicklung birgt Chancen und Risiken. Mit der Initiative, die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ im Deutschen Bundestag einzusetzen, hat die CDU/CSU-Fraktion dieses wichtige Thema ins Zentrum der Debatte gerückt.

Beim Urheberrecht strebt die Unionsfraktion einen gerechten Interessenausgleich zwischen Kreativen, Nutzern und Providern an. Mit ihrem 2012 verabschiedeten Positionspapier „Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft“ hat sie hierzu konkrete Vorschläge gemacht. Dabei ist klar, dass der Grundgedanke des geistigen Eigentums nicht verhandelbar ist, denn das Urheberrecht bildet die Grundlage des kreativen Schaffens. Wir müssen die Grundlagen dafür erhalten, dass ein Künstler von seiner Arbeit leben kann. Eine reine Gratiskultur kann es im Internet nicht geben. Im Sinne der Kreativen und Konsumenten muss ein konsistentes Recht für analoge und digitale Inhalte geschaffen werden. Dort, wo existierende Schranken zu restriktiv ausgelegt werden, kann man Änderungen für die digitale Welt vornehmen. Das Urheberrecht muss für neue technische und wirtschaftliche Möglichkeiten und Entwicklungen offen sein.

Leistungsschutzrecht für Presseverlage

Presseverlage sehen sich im Internet zunehmend damit konfrontiert, dass sich gewerbliche Suchmaschinenbetreiber und sogenannte News-Aggregatoren verlegerische Leistungen zu eigen machen. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition ein neues Leistungsschutzrecht für Presseverlage auf den Weg gebracht, das diese mit anderen Werkvermittlern gleichstellt, die seit langem entsprechende Rechte haben. Damit stärkt die Koalition das geistige Eigentum und den Qualitätsjournalismus.

Internet und digitale Wirtschaft sind Treiber von Innovationen und Wachstum in allen Bereichen der Wirtschaft. Mehr denn je kommt es darauf an, die Potenziale der Wirtschaft zu erkennen und sie für den Standort Deutschland umfassend auszuschöpfen. Auf einem Kongress hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion über Chancen, Risiken und Rahmenbedingungen diskutiert und zentrale Handlungsfelder identifiziert, um den aktuellen Wachstumstrend der digitalen Wirtschaft zu erhalten.



Mehr Sicherheit für Verbraucher im Netz


Ständige Neuerungen im Bereich von Internet und digitalen Geräten beeinflussen unseren privaten und geschäftlichen Alltag. Die Koalition hat verschiedene Maßnahmen beschlossen, die dem Verbraucher mehr Sicherheit geben, wenn er sich in der digitalen Welt bewegt. Mit dem Gesetz zum besseren Schutz vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr wird der Verbraucherschutz gestärkt. Für Rechtssicherheit beim stetig wachsenden Online-Handel ist gesorgt.

Mehr Sicherheit gewährt auch der am 1. November 2010 eingeführte neue Personalausweis. Er ermöglicht den sicheren elektronischen Identitätsnachweis im Internet. Mit der zusätzlichen Option der qualifizierten elektronischen Signatur können online Verträge, Anträge und Urkunden unterzeichnet werden. Auch will die Koalition noch in dieser Legislaturperiode unlauteren Inkassopraktiken einen Riegel vorschieben.

E-Mail statt Behördengang

Ein moderner Rechtsstaat muss modern arbeiten. Bürgerinnen und Bürger erwarten mit Recht, dass die Behörden auf der Höhe der Zeit sind. Online-Kommunikation, elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Aktenführung werden zunehmend eingeführt und erfolgreich genutzt. Mit Hilfe der De-Mail und des E-Government-Gesetzes schafft die Koalition die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die Verwaltung den Auf- bzw. weiteren Ausbau von E-Government-Angeboten voranbringen kann. Zeitaufwändige Behördenbesuche können dadurch vermieden werden.

Auch kriminelle Handlungen erreichen im Internet neue Dimensionen. Der Aufbau eines Nationalen Cyber-Abwehrzentrums und die Einrichtung eines Nationalen Cybersicherheitsrates dienen der Aufrechterhaltung einer sicheren Informations- und Kommunikationstechnik in unserem Lande, die für ein Hochtechnologieland wie Deutschland unverzichtbar sind.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/recht
www.cducsu.de/innen
www.cducsu.de/verbraucherschutz
www.cducsu.de/eidg 



Freiheit und Sicherheit in einer vernetzten und globalisierten Welt

Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu wahren, ist seit jeher Ziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nur wenn sich die Menschen in unserem Lande sicher fühlen, ihre körperliche und persönliche Integrität gewahrt sehen, sich überall frei bewegen und ihre Meinung frei äußern können, sind die in unserer Verfassung festgeschriebenen Werte gelebte Wirklichkeit.

Der Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Terrorismus stellt den Staat in einer globalisierten und vernetzten Welt vor neue Herausforderungen, denen er sich mit bewährten, aber auch neuen Instrumenten und Strategien stellen muss. Deutschland steht weiterhin im Fokus islamistisch-terroristischer Bestrebungen. Mit den um weitere vier Jahre verlängerten „Antiterrorgesetzen“ hat die christlich-liberale Koalition entschlossen und mit Augenmaß auf die sich ändernden Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus reagiert.

Die Visa-Warndatei und das Datenabgleichverfahren, die sich beide im Aufbau befinden, unterstützen die deutschen Visabehörden dabei, Personen aus dem terroristischen Umfeld zu erkennen. Der islamistischen Radikalisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich auch die Deutsche Islamkonferenz (DIK) angenommen und eine Sicherheitspartnerschaft mit Muslimen begründet.

Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit

In einer Trauerfeier hat Deutschland den Opfern des rechtsextremistischen Terrors der Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) gedacht. Damit hat unser Staat ein deutliches Zeichen gegen jede Art fremdenfeindlicher und extremistischer Gewalt gesetzt. Die christlich-liberale Koalition steht in der Verantwortung, diese schweren Verbrechen mit mutmaßlich



Ein Untersuchungsausschuss wurde auf Antrag aller fünf Fraktionen am 26. Januar 2012 eingesetzt. Er soll zur Aufklärung der Taten der NSU-Terrorgruppe beitragen.

zehn Morden lückenlos aufzuklären. Es müssen auch Konsequenzen für die Sicherheitsbehörden in Bund und in Ländern gezogen werden, nachdem über Jahre eine rechtsterroristische Gruppe unentdeckt agieren konnte.

Der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, der sich mit den Verbrechen der NSU befasst, untersucht umfassend Umfeld und Vernetzung der Terrorgruppe sowie die Tätigkeit der Bundesbehörden – auch in ihrem Zusammenwirken mit Landesbehörden. Er wird auf der Grundlage seiner Erkenntnisse Empfehlungen für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus aussprechen. Erste Schlussfolgerungen wurden bereits mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus und einer gemeinsamen Verbunddatei-Rechtsextremismus für Polizei und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder gezogen.



Bei der Gedenkfeier hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Angehörigen der Opfer der rechtsextremen Terrorzelle um Verzeihung gebeten.

Mit Warnschussarrest Sanktionslücke geschlossen

Immer wieder erschrecken uns Berichte über brutale Übergriffe Jugendlicher, jüngst häufig in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf Bahnhöfen. Für die christlich-liberale Koalition ist es mit öffentlicher Empörung über die Täter, die häufig bereits eine beachtliche kriminelle „Karriere“ hinter sich haben, nicht getan. Wir haben die Strafmöglichkeiten für Jugendrichter erweitert. Mit dem „Warnschussarrest“, der parallel zu einer Bewährungsstrafe verhängt werden kann, schließen wir eine Sanktionslücke. Jugendliche Straftäter bekommen so einen Vorgesmack darauf, was sie im Gefängnis

erwartet, wenn sie sich nicht ändern. Zugleich haben wir das Höchstmaß der Jugendstrafe bei Mord von zehn auf 15 Jahre angehoben.

Mehr Schutz für Polizisten und Rettungskräfte

Um der hohen Zahl von „Widerstandshandlungen gegen die Staatsgewalt“ entgegenzutreten, hat die Koalition den strafrechtlichen Schutz von Polizeibeamten, Feuerwehrleuten und Rettungskräften verbessert. Damit wird zugleich das Ansehen dieses Personenkreises in der Gesellschaft gestärkt, der für unser Wohlergehen und unsere Sicherheit Gefährdungen auf sich nimmt.

Deutschland gehört zu den Ländern mit den schärfsten Waffengesetzen weltweit. Früher als andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben wir dennoch die europarechtlichen Vorgaben zur Einrichtung eines computergestützten nationalen Waffenregisters umgesetzt. Die Sicherheitsbehörden erhalten damit umfassende Auswertungsmöglichkeiten zur Bewältigung von Einsatzlagen und schnellere Fahndungsmöglichkeiten.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/recht
www.cducsu.de/innen
www.cducsu.de/2untersuchungsausschuss

135 km

Deutsche Botschaft

OUAGADOUGOU 4671 km

8047 km

Deutsche Botschaft

MEXIKO

9754 km

0038 km

Deutsche Botschaft

KAIRO

2902 km

Generalkonsulat

ORK

6396 km

Deutsche Botschaft

ULAN BATOR

6218 km

3421 km

Freiheit, Demokratie und Menschenrechte achten

Gemeinsam mit ihren europäischen und transatlantischen Verbündeten tritt die Union für Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte ein. Das „C“ ist dabei für sie ein besonderer Leitfaden.

Die Union setzt sich dafür ein, dass immer mehr Menschen ihr Leben auf dem Fundament von Freiheit und Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit aufbauen können. Sie möchte, dass die Achtung der Menschenwürde und die Wahrung der Menschenrechte für alle gelten. Die deutsche Außenpolitik dient dem Ziel einer dauerhaften, friedlichen und gerechten Ordnung in Europa und der Welt.

Religionsfreiheit und Schutz christlicher Minderheiten

Die Union war es, die dafür sorgte, dass die Themen Religionsfreiheit und Schutz christlicher Minderheiten prominent auf die internationale politische Tagesordnung kamen. Politiker der Union setzen sich vor Ort – sei es in Ägypten, Indien oder bei den Vereinten Nationen in New York – dafür ein, dass das Menschenrecht der Religionsfreiheit nicht in Vergessenheit gerät. Mit großer Besorgnis nimmt die CDU/CSU-Fraktion wahr, wie sich die Lage der Christen in vielen Teilen Arabiens nach dem Sturz der autoritären Regime zum Schlechteren entwickelt. Die Union sieht sich gegenüber den dort verfolgten Christen in besonderer Verantwortung.

Für starke Partnerschaften in der Welt

Wichtigster Partner Deutschlands sind die USA. Mit ihnen sind wir in der transatlantischen Partnerschaft durch Geschichte und gemeinsame Werte verbunden. Zentral ist für die Unionsfraktion die Forderung nach der Einrichtung einer transatlantischen Freihandelszone.

Unser Land braucht darüber hinaus starke Partnerschaften auch mit den Ländern, deren Entscheidungen in der Zukunft unser Schicksal mit bestimmen werden. So werden Brasilien, Indien und China aufgrund ihrer Größe, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Dynamik Weltpolitik mitgestalten. Russland wird wichtigster Energielieferant bleiben und entscheidend sein für die Sicherheit Europas.

Gerade für die Exportnation Deutschland zeigt es sich immer stärker, wie wichtig Asien geworden ist. Überall reden und entscheiden asiatische Mächte mit. Was heute in Asien passiert, hat Auswirkungen, die uns alle betreffen. Die Unionsfraktion will mit den Völkern Asiens immer enger zusammenarbeiten. Sie hat in den letzten Jahren diesen Prozess mit zahlreichen Reisen ranghoher Politiker, mit Kongressen und Gesprächsrunden nach Kräften unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun. Grundlage dafür ist ihr Asien-Konzept, das gerade neu gefasst wurde.

Einsatz für Freiheit und Sicherheit

Damit wir in Deutschland in Sicherheit leben können, ist die Bundeswehr in vielen Regionen der Erde aktiv. Rund 6.400 Soldatinnen und Soldaten beteiligen sich derzeit an Einsätzen im Ausland. Gemeinsam mit den Verbündeten sorgt die Bundeswehr in Afghanistan für die Stabilisierung des Landes, damit es schrittweise an afghanische Sicherheitskräfte übergeben werden kann. Bis Ende 2014 soll der ISAF-Einsatz der Bundeswehr beendet sein.

Das Beispiel Afghanistan zeigt: Die Bedrohungslage in Europa und der Welt hat sich gewandelt. Mit der Bundeswehrreform passt die christlich-liberale Koalition die Armee den neuen Herausforderungen an. Eine Reduzierung der Truppenstärke ist dabei unvermeidbar. In einem ersten Schritt hat die Koalition die Wehrpflicht ausgesetzt. Junge Menschen werden nun eingeladen, freiwillig Wehrdienst zu leisten. Mit dem Bundeswehrbegleitgesetz gestaltet die Koalition den notwendigen Umbau des Personalkörpers möglichst sozialverträglich.

Den Balkan an die EU heranführen

Deutschland unterstützt aus Überzeugung die Staaten des westlichen Balkans auf ihrem Weg Richtung EU. Das Ziel dabei ist, Frieden, Sicherheit, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in der Region und damit in ganz Europa zu stärken. Die CDU/CSU-Fraktion hat eine eigene Kontaktgruppe Westbalkan eingerichtet. Bei jeder Erweiterung muss genau geprüft werden, ob dadurch nicht die Handlungsfähigkeit der EU beeinträchtigt wird.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/aussen
www.cducsu.de/verteidigung
www.cducsu.de/menschenrechte



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder warb beim Treffen mit UN-Generalsekretär Ban Ki Moon für den weltweiten Schutz der Religionsfreiheit.

Gut zu wissen

Zahlen und Fakten aus der Fraktionsbilanz

Mehr Steuergerechtigkeit für kleine und mittlere Einkommen

Die christlich-liberale Koalition baut die sogenannte kalte Progression ab. Die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen in Höhe von rund sechs Milliarden Euro sollen 2013 und 2014 an die Bürger zurückgegeben werden. Leider wird das Gesetz noch im Bundesrat von den rot-grün-geführten Ländern blockiert.

Bildungsrepublik Deutschland

Wenn Deutschland weiter im Wohlstand leben will, muss der Wissens- und Innovationsvorsprung erhalten bleiben. Deshalb steigert die christlich-liberale Koalition die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung – bis zum Jahr 2013 um 13 Milliarden Euro. Mit dem Hochschulpakt II schafft sie bis 2015 zudem 334.000 zusätzliche Studienplätze.

Entlastung der Kommunen

Der Bund übernimmt die ständig steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von jährlich rund 4,5 Milliarden Euro. Damit entlastet der Bund die Kommunen dauerhaft – allein im Zeitraum 2012 bis 2016 um voraussichtlich rund 20 Milliarden Euro. Das ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Ausbau der Kinderbetreuung

Im März 2012 waren 558.000 Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung. Ab dem 1. August 2013 sollen 780.000 Plätze vorhanden sein. Dafür erhöht der Bund sein Enga-

gement – obwohl Kinderbetreuung eine verfassungsrechtliche Aufgabe von Ländern und Kommunen ist. Der Bund übernimmt mit vier Milliarden ein Drittel der Kosten für den Kita-Ausbau und steuert 2012 zusätzlich 580 Millionen Euro bei. Ab 2014 beteiligt sich der Bund mit insgesamt 845 Millionen Euro pro Jahr an den Betriebskosten der Tagesstätten.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion wurde ab 2012 zusätzlich eine Milliarde Euro für Investitionen in Straße, Schiene und Wasserstraße bereitgestellt – davon alleine 600 Millionen Euro für die Bundesfernstraßen. Ab 2013 werden weitere 750 Millionen Euro – vorrangig für Neubauprojekte – zur Verfügung gestellt.

Ab dem 1. August 2012 wurde in Deutschland die Lkw-Maut auf vier- und mehrspurige Bundesstraßen ausgedehnt. Ertrag: jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 100 Millionen Euro für den Ausbau und den Erhalt der Straßeninfrastruktur.

Moderne Städte gestalten

Die Koalition tut viel für moderne Städte: zum Beispiel durch die Städtebauförderung in Höhe von 45 Millionen Euro oder das neue KfW-Programm „Energetische Stadt-sanierung“ in Höhe von 92 Millionen Euro. Für die Jahre 2012 bis 2013 werden auch die Mittel für das Gebäudesanierungsprogramm deutlich auf 1,5 Milliarden Euro erhöht.

Menschen zur Organspende ermutigen

12.000 Menschen in Deutschland warten auf ein Spenderorgan; jeden Tag sterben drei von ihnen. Daher wurde – ausgehend von einer Initiative des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder – das Transplantationsgesetz geändert. In Zukunft soll jeder Bürger mindestens einmal im Leben mit dem Thema Organspende konfrontiert werden – etwa bei der Ausgabe von Personalausweisen oder über Informationsschreiben der Krankenkassen. Einen Zwang zur Entscheidung wird es auch in Zukunft nicht geben.

Kultur für alle

Siebenmal in Folge wurde der Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erhöht. Derzeit umfasst der Etat rund 1,2 Milliarden Euro. Das hat es bisher noch nie gegeben.

Gegen Abzocke und Kostenfallen

Die Abzocke durch kostenpflichtige Telefonwarteschleifen wurde beendet. Warteschleifen bei telefonischen Mehrwertdiensten sind künftig kostenfrei. Die Button-Lösung erhöht den Schutz der Verbraucher vor Kostenfallen im Internet. Verbraucher schließen von nun an erst nach Anklicken eines eindeutig gekennzeichneten Bestätigungsfeldes einen gültigen Vertrag ab.

Zukunftsorientierte Entwicklungspolitik

Mit zehn Milliarden Euro an offiziellen staatlichen Entwicklungsgeldern im Jahr 2011 ist Deutschland in absoluten Zahlen gemessen das zweitgrößte Geberland weltweit. 2009 waren es noch zwei Milliarden weniger.

Bessere Informationen für Verbraucher

Die Bürger können künftig unbürokratischer, schneller und umfassender Verbraucherinformationen von Behörden erhalten: seit dem 1. September auch zu Produkten wie Haushaltsgeräten oder Möbeln. Diese Anfragen sind in aller Regel kostenfrei und können auch per E-Mail oder telefonisch gestellt werden.

Zudem hat die Koalition das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch geändert. Eingeführt wurde eine Veröffentlichungspflicht der Behörden bei Rechtsverstößen sowie bei schwerwiegenden Gesundheitsgefährdungen und Verstößen gegen Hygiene- und Täuschungsvorschriften.

Mit der Entscheidung, die Stiftung Warentest mit zusätzlichen 1,5 Millionen Euro pro Jahr auszustatten, wird sie in ihrer Arbeit zur Bewertung von Finanzprodukten gestärkt.



Weitere Informationen zu ausgewählten Politikfeldern

Bildung und Forschung

www.cducsu.de/bildung

Sport und Ehrenamt

www.cducsu.de/sport

Kultur und Medien

www.cducsu.de/kultur

Petitionen

www.cducsu.de/petitionen

Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

www.cducsu.de/wachstum

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

www.cducsu.de/nachhaltigkeit

1. Untersuchungsausschuss

www.cducsu.de/1untersuchungsausschuss

Gruppe der Frauen

www.cducsu.de/frauen

Parlamentskreis Mittelstand

www.cducsu.de/mittelstand

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

www.cducsu.de/vertriebene

Junge Gruppe

www.cducsu.de/jungegruppe

Beauftragte für Menschen mit Behinderungen

www.cducsu.de/behindertenspolitik

Beauftragter für die maritime Wirtschaft

www.cducsu.de/maritimewirtschaft

Beauftragter für Elektromobilität

www.cducsu.de/elektromobilitaet

Beauftragter für IT-, Kommunikations- und Postpolitik

www.cducsu.de/itundpost

Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften

www.cducsu.de/kirchen

Projektgruppe Integration

www.cducsu.de/integration

Veranstaltungen

Kongresse und Fachgespräche nutzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, um sich mit Experten, Wissenschaftlern, Kirchen, Verbänden und Bürgern über aktuelle politische Fragestellungen auszutauschen.

Unter www.veranstaltungen.cducsu.de finden Sie Video-mitschnitte und weitere Informationen zu den Veranstaltungen. Hier eine Chronologie:

8.2.2012

Herausforderung Weltbevölkerungswachstum – Ist unsere Entwicklungspolitik gewappnet?

Im vergangenen Jahr wurde der siebenmilliardste Mensch geboren. Für Fragen der sozialen Sicherung, Bildung, Ernährungssicherung und Gesundheit muss die Entwicklungspolitik neue Ansätze und Lösungen finden.

29.2.2012

Wachstumsmarke Freie Berufe

Mit dem Fachkräftemangel wird der Wettbewerb um Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Architekten oder Künstler schärfer. Von den freien Berufen erfordert das Veränderungsbereitschaft.

5.3.2012

Rohstoffhandel – Brauchen wir mehr Regulierung?

Die Aktivitäten von Finanzinvestoren an den globalen Agrar- und Rohstoffterminkmärkten haben zugenommen. Beim Kongress wurde über mehr Transparenz an den Handelsplätzen und über stärkere Eingriffsbefugnisse für die Aufsichtsbehörden diskutiert.

7.3.2012

Der Arbeitsmarkt im Umschwung: Mehr Arbeitsplätze, schlechtere Jobs?

Die Zahl der Arbeitslosen liegt unter drei Millionen. Dennoch arbeiten immer mehr Menschen für Niedriglöhne, in Teilzeit oder als Minijobber. Es wurde die Frage diskutiert, ob Chancen und Risiken für die Arbeitnehmer in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

19.3.2012

Russland nach den Wahlen: Modernisierung oder Stagnation? Perspektiven einer Partnerschaft

Der Kongress ging den Fragen nach, wie sich Russland unter Präsident Wladimir Putin politisch und wirtschaftlich modernisieren kann und wie Deutschland und die EU die Partnerschaft zu Russland weiter entwickeln können.

21.3.2012

Stabile Rahmenbedingungen für Industrie und Arbeitsplätze in Deutschland

Die Unionsfraktion setzt einen zuverlässigen politischen Rahmen, damit Deutschland ein international wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt und seine Unternehmen auch in Zukunft über alle Wertschöpfungsstufen hinweg auf den Weltmärkten erfolgreich sind.

26.3.2012

Krisen vorbeugen – Finanzaufsicht stärken

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfolgt das Ziel, mit einem leistungsfähigen Regulierungsrahmen dauerhaft für ein stabileres Finanzsystem zu sorgen.

28.3.2012

Digitale Wirtschaft

Die CDU/CSU-Bundestagfraktion sieht die digitale Wirtschaft als einen zentralen Wachstums- und Innovationsmotor. Es braucht weitere Impulse aus diesem Bereich, um den aktuellen Wachstumstrend zu erhalten.

23.4.2012

Islamische Paralleljustiz in Deutschland?

Eine Herausforderung für den Rechtsstaat?

Der überwiegende Teil der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund respektiert das deutsche Rechts- und Justizsystem. In letzter Zeit häufen sich jedoch Berichte über eine islamische Paralleljustiz. Die Politik ist daher aufgerufen, sich den Herausforderungen für unseren Rechtsstaat zu stellen.

25.4.2012

Werte und Wertschöpfung: Rohstoffsicherheit für Deutschland und Europa

Die sichere Versorgung mit energetischen und nicht-energetischen Rohstoffen ist entscheidend für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, Europa und weltweit. Darum hat die Unionsfraktion einen Diskussionsprozess über Fragen der Rohstoffpolitik mit der Wirtschaft und einer breiten Öffentlichkeit angestoßen.

27.4.2012

Filmempfang

Die Präsidentin der Deutschen Filmakademie, Iris Berben, appellierte an die Politik, die Rechte der Urheber angemessen zu berücksichtigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in ihrem Positionspapier „Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft“ unmissverständlich an die Seite von Künstlern und Kreativen gestellt.

7.5.2012

Topfit bis ins Alter – Konzepte für die Arbeitswelt von morgen

In einer humanen Arbeitswelt dürfen die Beschäftigten nicht überfordert werden. Es kommt nicht nur auf die Wirtschaftlichkeit der Produktionsprozesse an, sondern auch auf die Würde der Arbeitnehmer.

9.5.2012

Die Zukunft der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedeutung asiatischer Staaten ist es erforderlich, die transatlantische Kooperation zu vertiefen und sich den wirtschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

23.5.2012

Rio + 20 – Forderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitskonferenz

Vor 20 Jahren fand in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung statt. Anlässlich des Jubiläumsgipfels 2012 wurde über das Erreichte diskutiert. Schlussfolgerungen für die Zukunft wurden formuliert.

11.6.2012

Ländliche Räume, regionale Vielfalt – Wie gestalten wir die Zukunft?

Damit die Menschen, Familien und Unternehmen auf dem Land weiterhin gute Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden, haben die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP die Arbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ eingesetzt. Beim Kongress wurde mit Wissenschaftlern, Bürgermeistern und Experten diskutiert. Die Ergebnisse flossen in den Koalitionsantrag ein.

13.6.2012

Asiens neue Gestaltungsmächte – Werte, Wirtschaft, Weltordnung

Die neuen Gestaltungsmächte Asiens tragen bei der Gestaltung einer sich wandelnden Welt mehr und mehr Verantwortung. Die Unionsfraktion will mit ihnen immer enger zusammenarbeiten – auf der Grundlage universeller Werte.

25.6.2012

Prävention in Deutschland – Zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Aufgabe

Das Ziel der Unionsfraktion ist es, die Erkrankungen, die vom Verhalten oder vom Lebensstil hervorgerufen werden, deutlich zu reduzieren.



Helmut Kohl beim Besuch in der CDU/CSU-Fraktion:
„Dies ist meine Heimat.“

24.9.2012

Selbstverwaltung stärken – Sozialwahl modernisieren

Die Sozialwahlen sind die drittgrößten Wahlen in Deutschland. Es wurde diskutiert, wie man die Attraktivität von Sozialwahl und Selbstverwaltung steigern kann.

25.9.2012

Besuch von Helmut Kohl in der Fraktion

Zum 30. Jubiläum seiner Wahl zum Bundeskanzler folgte Helmut Kohl einer Einladung der Fraktion. Angesichts der europäischen Schuldenkrise forderte Kohl die Abgeordneten auf, für Europa zu kämpfen.

26.9.2012

Geburtstagsmatinee Wolfgang Schäuble

Zum 70. Geburtstag von Finanzminister Wolfgang Schäuble richtete die Unionsfraktion einen Empfang aus. Damit würdigte sie die Verdienste ihres langjährigen Mitglieds und ehemaligen Vorsitzenden, der die Geschehnisse Deutschlands maßgeblich geprägt hat und weiterhin prägt.

15.10.2012

Aussöhnung als Aufgabe – Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945

Angesichts des wachsenden gesellschaftlichen Interesses an der deutschen Nachkriegsgeschichte zeigte der Kongress die aktuelle Bedeutung dieses Teils der deutschen Vergangenheit auf.



Angela Merkel und Christine Lagarde bei
Wolfgang Schäubles 70. Geburtstag.

17.10.2012

Starke Kommunen – Starkes Land

Im Regierungsprogramm hat die christlich-liberale Koalition angekündigt, die Kommunalfinanzen auf ein solides Fundament zu stellen und die Kommunen stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Der Kongress zog eine erste Bilanz und arbeitete Perspektiven für die Zukunft heraus.

26.11.2012

Afghanistan – Verantwortung für die Zukunft nach ISAF

Beim Kongress standen der Abzug der internationalen Schutztruppen und das Ziel einer langfristigen Sicherheit für Afghanistan im Mittelpunkt. Diskutiert wurde insbesondere das deutsche Engagement in der Transformationsdekade.

10.12.2012

Herausforderung Weltbevölkerungswachstum – Ist unsere Entwicklungspolitik gewappnet?

Das anhaltende Weltbevölkerungswachstum hat Konsequenzen für unsere Umwelt und die natürlichen Ressourcen. Es setzt Migrationsbewegungen in Gang. Wie sich die Entwicklungspolitik auf diese Trends einstellen muss, diskutierte der zweite Kongress zur Weltbevölkerung.

Fraktionsvorstand

Geschäftsführender Vorstand

Vorsitzender



Volker Kauder

Erste Stellvertretende Vorsitzende und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe



Gerda Hasselfeldt

Stellvertretende Vorsitzende



Recht, Innen, Sport und Ehrenamt, Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler
Dr. Günter Krings



Wirtschaft und Technologie, Mittelstand, Tourismus, Petitionen
Dr. Michael Fuchs



Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik
Dr. Michael Meister



Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Johannes Singhammer



Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit und Soziales, Kirchen, Arbeitnehmer
Ingrid Fischbach



Außen, Verteidigung, Europa
Dr. Andreas Schockenhoff



Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Dr. Christian Ruck



Bildung und Forschung, Kunst, Kultur und Medien
Michael Kretschmer



Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost, Menschenrechte
Arnold Vaatz

Parlamentarische Geschäftsführer



Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer
Michael Grosse-Brömer



Stellvertreter des Ersten
Parlamentarischen Geschäftsführers
und Parlamentarischer Geschäfts-
führer der CSU-Landesgruppe
Stefan Müller



Michaela Noll



Manfred Grund



Bernhard Kaster

Justiziere



Helmut Brandt



Dr. Wolfgang Götzer



Joachim Hörster

Sprecher der CDU-Landesgruppen

Fraktionsvorstand Arbeitsgruppen

Vorsitzende der Arbeitsgruppen



Recht
Andrea Voßhoff



Innen
Dr. Hans-Peter Uhl



Wirtschaft und Technologie
Dr. Joachim Pfeiffer



Finanzen
Klaus-Peter Flosbach



Haushalt
Norbert Barthle



Gesundheit
Jens Spahn



Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
Franz-Josef Holzenkamp



Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Dorothee Bär



Arbeit und Soziales
Karl Schiewerling



Auswärtiges
Philipp Mißfelder



Verteidigung
Ernst-Reinhard Beck



Angelegenheiten
der Europäischen Union
Michael Stübgen



Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung
Dirk Fischer



Bildung und Forschung
Albert Rupprecht



Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
Marie-Luise Dött



Wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung
Sibylle Pfeiffer



Menschenrechte
und humanitäre Hilfe
Erika Steinbach



Sport und Ehrenamt
Klaus Riegert



Kultur und Medien
Wolfgang Börnsen



Tourismus
Marlene Mortler

Fraktionsvorstand Soziologische Gruppen und Beisitzer

Vorsitzende der soziologischen Gruppen



Petitionen
Günter Baumann



Enquete-Kommission Wachstum,
Wohlstand, Lebensqualität
Dr. Georg Nüßlein



Gruppe der Frauen
Rita Pawelski



Arbeitsgemeinschaft
Kommunalpolitik
Peter Götz



Arbeitnehmergruppe
Peter Weiß



Enquete-Kommission Internet
und digitale Gesellschaft
Jens Koeppen



Parlamentarischer Beirat für
nachhaltige Entwicklung
Daniela Ludwig



Parlamentskreis Mittelstand
**Christian Freiherr
von Stetten**



Gruppe der Vertriebenen,
Aussiedler und deutschen
Minderheiten
Klaus Brähmig



Junge Gruppe
Marco Wanderwitz



1. Untersuchungsausschuss Gorleben
Reinhard Grindel



2. Untersuchungsausschuss Terrorgruppe
nationalsozialistischer Untergrund
Clemens Binninger

Beisitzer im Fraktionsvorstand

Thomas Bareiß
Axel E. Fischer
Dr. Maria Flachsbarth
Erich G. Fritz
Reinhard Grindel
Prof. Monika Grütters
Ernst Hinsken
Dr. Rolf Koschorrek

Dr. h. c. Hans Michelbach
Ruprecht Polenz
Johannes Röring
Christian Freiherr von Stetten
Max Straubinger
Antje Tillmann
Elisabeth Winkelmeier-Becker

Weitere Gremien

Beauftragte des Vorsitzenden

Beauftragte des Vorsitzenden



Beauftragte für Menschen
mit Behinderungen
Maria Michalk



Beauftragter für
die maritime Wirtschaft
Eckhardt Rehberg



Beauftragter für
Elektromobilität
Andreas Jung



Beauftragter für IT-,
Kommunikations- und Postpolitik
Dr. Georg Nüßlein



Energiekoordinations-
gruppe
Thomas Bareiß



Beauftragte für Kirchen und
Religionsgemeinschaften
Dr. Maria Flachsbarth



Projektgruppe Integration
Michael Frieser



Verbraucherschutzbeauftragte
Mechthild Heil

Weitere Gremien

Landesgruppen

Vorsitzende der Landesgruppen



Baden-Württemberg
Thomas Strobl



Berlin
Kai Wegner



Brandenburg
Michael Stübgen



Bremen
Bernd Neumann



Hamburg
Dirk Fischer



Hessen
Dr. Michael Meister



Mecklenburg-Vorpommern
Eckhardt Rehberg



Niedersachsen
Michael Grosse-Brömer



Nordrhein-Westfalen
Peter Hintze



Rheinland-Pfalz
Joachim Hörster



Saarland
Peter Altmaier



Sachsen
Dr. Michael Luther



Sachsen-Anhalt
Ulrich Petzold



Schleswig-Holstein
Dr. Ole Schröder



Thüringen
Manfred Grund

Weitere Gremien

Gremien des Bundestages

Bundestagspräsident



Prof. Dr. Norbert Lammert

Bundestagsvizepräsident



Eduard Oswald

Vorsitzende der Bundestagsausschüsse



Rechtsausschuss
Siegfried Kauder



Innenausschuss
Wolfgang Bosbach



Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Gunther Krichbaum



Auswärtiger Ausschuss
Ruprecht Polenz



Ausschuss für Kultur und Medien
Prof. Monika Grütters



Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
Thomas Strobl



Ausschuss für Tourismus
Klaus Brähmig



Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ernst Hinsken



Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dagmar G. Wöhrl



Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft
Axel E. Fischer



1. Untersuchungsausschuss Gothen
Dr. Maria Flachsbarth



Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
Andreas Jung

237 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete

A

Aigner, Ilse
Altmaier, Peter
Aumer, Peter

B

Bär, Dorothee
Bareiß, Thomas
Barthle, Norbert
Baumann, Günter
Beck, Ernst-Reinhard
Behrens, Manfred
Bellmann, Veronika
Bergner, Dr. Christoph
Beyer, Peter
Bilger, Steffen
Binninger, Clemens
Bleser, Peter
Böhmer, Prof. Dr. Maria
Börnsen, Wolfgang
Bosbach, Wolfgang
Brackmann, Norbert
Brähmig, Klaus
Brand, Michael
Brandl, Dr. Reinhard
Brandt, Helmut
Brauksiepe, Dr. Ralf
Braun, Dr. Helge
Brehmer, Heike
Brinkhaus, Ralph

C

Caesar, Cajus
Connemann, Gitta

D

Dobrindt, Alexander
Dörflinger, Thomas
Dött, Marie-Luise

F

Feist, Dr. Thomas
Ferlemann, Enak
Fischbach, Ingrid
Fischer, Axel E.
Fischer, Dirk
Fischer, Hartwig
Flachsbarth, Dr. Maria
Flosbach, Klaus-Peter
Frankenhauser, Herbert
Friedrich, Dr. Hans-Peter
Frieser, Michael
Fritz, Erich G.
Fuchs, Dr. Michael
Fuchtel, Hans-Joachim
Funk, Alexander

G

Gädechens, Ingo
Gauweiler, Dr. Peter
Gebhart, Dr. Thomas
Geis, Norbert
Gerig, Alois
Gienger, Eberhard
Glos, Michael
Göppel, Josef
Götz, Peter
Götzer, Dr. Wolfgang
Granold, Ute
Grindel, Reinhard
Gröhe, Hermann
Grosse-Brömer, Michael
Grübel, Markus
Grütters, Prof. Monika
Grund, Manfred
Gutting, Olav

H

Hahn, Florian
Harbarth, Dr. Stephan
Hardt, Jürgen
Hasselfeldt, Gerda
Heider, Dr. Matthias

Heiderich, Helmut
Heil, Mechthild
Heinen-Esser, Ursula
Heinrich, Frank
Henke, Rudolf
Hennrich, Michael
Heveling, Ansgar
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hirte, Christian
Hochbaum, Robert
Hörster, Joachim
Holmeier, Karl
Holzenkamp, Franz-Josef
Hübinger, Anette
Hüppe, Hubert

J

Jarzombek, Thomas
Jasper, Dieter
Jüttner, Prof. Dr. Egon
Jung, Andreas
Jung, Dr. Franz Josef

K

Kalb, Bartholomäus
Kammer, Hans-Werner
Kampeter, Steffen
Karl, Alois
Kaster, Bernhard
Kauder, Siegfried
Kauder, Volker
Kaufmann, Dr. Stefan
Kiesewetter, Roderich
Klaeden, Eckart von
Klamt, Ewa
Klein, Volkmar
Klimke, Jürgen
Knoerig, Axel
Koeppen, Jens
Kolbe, Manfred
Koschorrek, Dr. Rolf
Koschyk, Hartmut

Kossendey, Thomas
Kretschmer, Michael
Krichbaum, Gunther
Krings, Dr. Günter
Kruse, Rüdiger
Kudla, Bettina
Kues, Dr. Hermann

L

Lach, Günter
Lämmel, Andreas
Lamers, Dr. Karl
Lammert, Prof. Dr. Norbert
Landgraf, Katharina
Lange, Ulrich
Lehmer, Dr. Max
Lehrieder, Paul
Leyen, Dr. Ursula von der
Liebing, Ingbert
Lietz, Matthias
Linnemann, Dr. Carsten
Lips, Patricia
Luczak, Dr. Jan-Marco
Ludwig, Daniela
Luther, Dr. Michael

M

Maag, Karin
Maizière, Dr. Thomas de
Marwitz, Hans-Georg von der
Mattfeldt, Andreas
Mayer, Stephan
Meister, Dr. Michael
Merkel, Dr. Angela
Michalk, Maria
Michelbach, Dr. h.c. Hans
Middelberg, Dr. Mathias
Mißfelder, Philipp
Monstadt, Dietrich
Mortler, Marlene
Müller, Dr. Gerd
Müller, Stefan
Murmans, Dr. Philipp

N

Neumann, Bernd
Noll, Michaela
Nüßlein, Dr. Georg

O

Obermeier, Franz
Oswald, Eduard
Otte, Henning

P

Paul, Dr. Michael
Pawelski, Rita
Petzold, Ulrich
Pfeiffer, Dr. Joachim
Pfeiffer, Sibylle
Philipp, Beatrix
Pofalla, Ronald
Poland, Christoph
Polenz, Ruprecht
Pols, Eckhard

R

Rachel, Thomas
Ramsauer, Dr. Peter
Rehberg, Eckhardt
Reiche, Katherina
Riebsamen, Lothar
Rief, Josef
Riegert, Klaus
Riesenhuber, Prof. Dr. Heinz

Röring, Johannes
Röttgen, Dr. Norbert
Ruck, Dr. Christian
Rüddel, Erwin
Rupprecht, Albert

S

Schäfer, Anita
Schäuble, Dr. Wolfgang
Schavan, Prof. Dr. Annette
Scheuer, Dr. Andreas
Schiewerling, Karl
Schindler, Norbert
Schipanski, Tankred
Schirmbeck, Georg
Schmidt, Christian
Schnieder, Patrick
Schockenhoff, Dr. Andreas
Schön, Nadine
Schröder, Dr. Kristina
Schröder, Dr. Ole
Schulte-Drüggelte, Bernhard
Schummer, Uwe
Schuster, Armin
Seif, Detlef
Selle, Johannes
Sendker, Reinhold
Sensburg, Prof. Dr. Patrick
Siebert, Bernd
Silberhorn, Thomas
Singhammer, Johannes

Spahn, Jens
Stauche, Carola
Steffel, Dr. Frank
Steinbach, Erika
Stetten, Christian Freiherr von
Stier, Dieter
Storjohann, Gero
Stracke, Stephan
Straubinger, Max
Strenz, Karin
Strobl, Thomas
Strothmann, Lena
Stübgen, Michael

T

Tauber, Dr. Peter
Tillmann, Antje

U

Uhl, Dr. Hans-Peter

V

Vaatz, Arnold
Vogel, Volkmar
Vogelsang, Stefanie
Voßhoff, Andrea

W

Wadepful, Dr. Johann David
Wanderwitz, Marco
Wegner, Kai

Weinberg, Marcus
Weiß, Peter
Weiss, Sabine
Wellenreuther, Ingo
Wellmann, Karl-Georg
Wichtel, Heinz Peter
Widmann-Mauz, Annette
Willsch, Klaus-Peter
Winkelmeier-Becker, Elisabeth
Wöhrl, Dagmar G.

Z

Zimmer, Dr. Matthias
Zöller, Wolfgang
Zylajew, Willi

Kontakt

CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete

Anschrift

Vorname und Zuname
der/des Bundestagsabgeordneten
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail

Berliner Büro
vorname.zuname@bundestag.de

Wahlkreisbüro
vorname.zuname@wk.bundestag.de

Bürgerbüro

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat
ein Büro für Bürgerkommunikation.

Bei Fragen, Anregungen und Kommentaren
zur Arbeit der Unionsfraktion erreichen Sie
es unter:

Bürgertelefon: 030. 227-5 55 50
www.cducsu.de/kontakt

Online

Weitere Informationen über die CDU/CSU-Fraktion

www.cducsu.de
veranstaltungen.cducsu.de
blogfraktion.de
bilanz.cducsu.de



facebook.com/cducsubundestagsfraktion



plus.google.com/+CDU-CSU-Fraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsubt
twitter.com/cducsupm

Die CSU-Landesgruppe erreichen Sie
unter www.csu-landesgruppe.de



Impressum

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 227-5 53 74
F 030. 227-5 01 46
pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de

Gestaltung

Adler & Schmidt Kommunikations-Design, Berlin

Druck

Ruksaldruck, Berlin
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger
Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

Umschlag: Tobias Koch; S. 4: Laurence Chaperon; S. 6: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Steven Rösler; S. 7: Tobias Koch; S. 8: Getty Images; S. 11: Tobias Koch; S. 12: Tobias Koch; S. 15: Tobias Koch; S. 16: Shutterstock/Einstein; S. 18: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Steven Rösler; S. 19: Tobias Koch; S. 20: Thomas Trutschel/photothek.net; S. 22: Tobias Koch; S. 24: Thomas Trutschel/photothek.net; S. 28: Liesa Johannssen/photothek.net; S. 30: Tobias Koch; S. 33: Tobias Koch; S. 34: Tobias Koch; S. 36: Ute Grabowsky/photothek.net; S. 39: Tobias Koch; S. 40: Ute Grabowsky/photothek.net; S. 45: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Steven Rösler; S. 46: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Steven Rösler; S. 48: Ute Grabowsky/photothek.net; S. 50: Tobias Koch; S. 52: picture alliance/dpa; S. 54: Michael Gottschalk/dapd; S. 55: Bundesregierung/Guido Bergmann; S. 56: Thomas Koehler/photothek.net; S. 59: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Ulrich Scharlack; S. 61: Tobias Koch; S. 65: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Christian Zentner, Bundesregierung/Jochen Eckel; S. 75: Fotolia/Tsiumpa

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

Stand

November 2012



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: Autor, Funktion, Beitragstitel, aus: CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Für ein starkes Deutschland und Europa.

Keine kommerzielle Nutzung

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung

Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

